

Ursachen und Chancen der Finanzkrise

© Arne Pfeilsticker

Zusammenfassung

Die Finanzkrise 2007-2009 wurde durch das Platzen der Spekulationsblase auf dem US-Immobilienmarkt ausgelöst. Der dabei entstandene weltweite Schaden liegt in der Größenordnung des materiellen Schadens des 2. Weltkrieges.

In diesem Diskussionspapier wird dargelegt, dass die entscheidende Ursache für Spekulationsblasen und Finanzkrisen in der Geldschöpfung des Bankensektors liegt.

Die Abschaffung der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken würde dazu beitragen, dass sich der Bankensektor auf seine eigentlichen und wichtigen Aufgaben konzentrieren müsste. Die Abschaffung würde das Wirtschafts- und Finanzsystem stabilisieren und bietet darüber hinaus die Chance das Problem der Staatsverschuldung zu entschärfen.

Eine Übertragung der Geldschöpfung des Bankensektors auf die Zentralbank könnte zu einem einmaligen Geldschöpfungsgewinn von ca. 2.000 Mrd. Euro führen, mit dem die Staatsverschuldung in Höhe von ca. 1.900 Mrd. Euro abgelöst werden könnte.

Im Kern geht es dabei um die Wiederherstellung des staatlichen Geldschöpfungsmonopols, das durch den Bankensektor immer mehr ausgehöhlt wurde und wird.

Die heutigen Währungssysteme sind geprägt durch eine Zeit, in der es noch keine Computer gab. Dadurch ergeben sich aus heutiger Sicht erhebliche Nachteile, die durch eine Reform beseitigt werden könnten. Situationen, die Staaten zwingen, Banken auf Kosten der Steuerzahler zu retten, könnten der Vergangenheit angehören. Der Zusammenbruch von Banken durch Bankenruns könnte systembedingt ausgeschlossen werden. Darüber hinaus könnte eine Reform erheblichen zusätzlichen Nutzen generieren.

Hinweis

Ohne die engagierte Diskussionen, die vielfältigen Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge sowie das hartnäckige Nachhacken durch die Mitglieder des Arbeitskreises Finanzen und Steuersystem wäre dieses Diskussionspapier nicht so wie es ist.

Besonders erwähnenswert für ihre Mitarbeit sind:

Barbara Wetzels, Horst Wetzels, Kai Brudermann, Jean Bernd Neumann, Markus Otten, Michael Pfenning, Nicolas Hofer, Reinhard Hölscher, Rolf Grosshans, Prof. Dr. Ulrich Engel und Volker Haaf.

Anmerkungen und Kommentare bitte an: Arne.Pfeilsticker@pfeilsticker.de

Erstellt am 14.3.2009 – Status: in Arbeit, Version 57 vom 20.10.2011

Inhaltsverzeichnis

Ursachen und Chancen der Finanzkrise	1
1 Staatliche und private Geldschöpfung	4
1.1 Gründe für eine staatliche Geldschöpfung	4
1.2 Die Zahlungsgewohnheiten haben sich geändert: Vom Staatsgeld- zum Privatgeldsystem	5
2 Was ist Geld?	7
2.1 Wichtig ist den Wandel des Fachbegriffes Geld zu verstehen	7
2.2 Stationen der Geldentwicklung: Vom Gold zum Finanzinstrument	8
2.2.1 Tauschwirtschaft: Geld ist Gold, Silber, etc.	8
2.2.2 Goldstandard: Geld ist ein Anspruch auf Gold	9
2.2.3 Fiktiver Goldkern: Geld ist ein Anspruch auf Geld oder Gold	11
2.2.4 Giralgeld: Geld ist ein Anspruch auf Geld	13
2.2.5 Finanzinstrumente: Der heutige Geldbegriff	16
2.3 Warum und wie funktioniert Geld?	16
2.4 Geldfunktionen	19
2.5 Geld, Geldverträge und Finanzinstrumente	20
2.5.1 Darlehensvertrag: Die Geburtsstunde des Giralgeldes	21
2.5.2 Schuldverschreibungen: Die Banknoten der Banken	24
2.5.3 Zentralbankgeld: Der Ursprung	25
2.5.4 Geschäftsbankengeld: Ansprüche auf Zentralbankgeld	26
2.5.5 Fondsanteile: Ansprüche auf Ansprüche ... auf Geld	26
2.5.6 ABS: Strukturierte Ansprüche auf Ansprüche ... auf Geld	27
2.5.7 Derivate: Bedingte Ansprüche auf Ansprüche ... auf Geld	27
2.5.8 Erscheinungsformen des Geldes	27
2.6 Wie wird der Geldschöpfungsgewinn realisiert und wer bekommt ihn?	28
2.6.1 Geldmenge, Geldschöpfung und Geldvernichtung	28
2.6.2 Geldterritorien: Claims zur Förderung des Geldschöpfungsgewinns	31
2.6.3 Geldschöpfungsgewinn der Zentralbank	31
2.6.4 Geldschöpfungsgewinn beim Falschgeld	32
2.6.5 Geldschöpfungsgewinn der Geschäftsbanken	33
3 Das Problem: Die Geldschöpfung des Bankensektors	34
3.1 Private Geldschöpfung am Limit	35
3.1.1 Geldmengensteuerung durch Mindestreservesoll ausgehebelt	35
3.1.2 Wer Sicherheiten hat, bekommt Geld	36
3.2 Spekulationsblasen sind die Folge unkontrollierter privater Geldschöpfung	36
3.2.1 Spekulationsblasen sind die Ursache für Finanzkrisen	36
3.2.2 Wer Sicherheiten vorgaukeln kann, bekommt noch mehr Geld	39
3.2.3 Wertsteigerungen auszahlen	41
3.2.4 Der Zusammenbruch	41
4 Die Reform: Ursachen und nicht Symptome bekämpfen	42
4.1 Gleiches Recht für alle	43
4.2 Nur die Zentralbank darf Geld schöpfen	44
4.3 Welche konkreten Schritte sind für eine Umstellung erforderlich?	45
4.3.1 Minimale Reform	45
4.3.2 Geldbilanz: Generalüberholung des Währungssystems	45
4.3.3 Wertrechtbilanz: Die logische Erweiterung.	53

4.3.4	Gemeinsame Schritte und Auswirkungen	53
4.4	Staatsverschuldung: Ein lösbares Problem	54
4.4.1	Staatsverschuldung zum Nulltarif?	54
4.4.2	Wie könnte die derzeitige Staatsverschuldung abgebaut werden?	55
4.5	Reale Verluste lassen sich nicht wegdiskutieren	55
4.6	Wetten als Wetten behandeln	56
4.7	Zukunftsinvestitionen und nicht Spekulationsblasen finanzieren	56
5	Häufig gestellte Fragen	57
5.1	Das kann doch nicht wahr sein!?	57
5.2	Warum leihen sich Banken Geld, wenn sie es selbst herstellen können?	58
5.3	Welche Folgen hat die Umstellung für die Banken?	58
5.4	Wird durch die Übertragung der Geldschöpfung auf den Staat die Geldmenge erhöht?	58
6	Anlage	58

1 Staatliche und private Geldschöpfung

1.1 Gründe für eine staatliche Geldschöpfung

Wer Banknoten nachmacht und als echt in Verkehr bringt, hat daraus einen erheblichen Vorteil: Ein Geldfälscher erhält für einen 100-Euro-Schein Waren im Wert von 100 Euro und hat für die Herstellung der Banknote weniger als 1 Euro Herstellungskosten¹. Die Differenz von 99 Euro ist sein Gewinn.



Abbildung 1.: Gründe für eine staatliche Geldschöpfung

Geldschöpfung bedeutet Geld herstellen und in Verkehr bringen. Geldschöpfung ist das mit Abstand profitabelste Geschäft. Die Gewinnmarge beträgt über 99 %.

Würde man diesen Geschäften keinen Riegel vorschieben, dann wären Gelddruckmaschinen der Renner. Man könnte die gekaufte Gelddruckmaschine sogar mit selbstgedruckten Geldscheinen bezahlen und anschließend daran gehen den Rest der Welt zu kaufen.

Wenn sich diese Geschäftsidee jedoch herumsprechen würde, dann wäre die Freude von kurzer Dauer: Jeder würde Geldscheine drucken. Eine schneeballeffektartige Geldvermehrung würde eine Inflationslawine auslösen und das Finanzsystem und die reale Wirtschaft unter sich begraben.

Aus diesem Grund sollte die Geldschöpfung in staatlicher Hand sein und der Geldschöpfungsgewinn sollte der Allgemeinheit zufließen.

Dieser Sachverhalt ist auch der gute Grund, die Kontrolle über die Geldschöpfung einer unabhängigen Zentralbank anzuvertrauen, die der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Die Hyperinflationen der Vergangenheit sind Beispiele für unkontrollierte Geldschöpfung. Zum Ende der Hyperinflation der Weimarer Republik kostete ein Ei 1.000 Mrd. Mark.

Der Geldschöpfungsgewinn ist beim Falschgeld offensichtlich, aber er entsteht bei jeder Form der Geldschöpfung. Der Geldschöpfungsgewinn ist die Differenz zwischen dem Nominalwert und den Kosten für Münzen, Banknoten und Giralgeld. Zu den Kosten zählen nicht nur die unmittelbaren Herstellungskosten, sondern auch die Kosten des Wäh-

¹ Die Herstellungskosten der Banknoten wurden von der Bundesbank auf Anfrage mit durchschnittlich 0,08 Euro pro Stück angegeben. Die Schweizer Nationalbank nennt Kosten von ca. 0,20 Euro pro Banknote. Die Bank of England nennt Kosten von unter 0,06 Euro pro Banknote. Die Federal Reserve der USA nennt detaillierte Zahlen: <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/rptcongress/budgetrev09/ch4/s1.htm> Danach liegen die Kosten der Dollar-Noten zwischen 0,04 Euro und 0,10 Euro pro Stück.

ungssysteme wie z.B. der Aufwand der Bundesbank und die anteiligen IT-Kosten der Geschäftsbanken.

Geldschöpfungsgewinn



Nominalwert	
- Herstellungskosten	0,10 €
= Geldschöpfungsgewinn	99,90 €

Gewinnmarge über 99%

Abbildung 2.: Geldschöpfungsgewinn

Die Geldschöpfungsgewinne fließen bei Münzen direkt über den Verkauf von Münzen zum Nennwert an die Bundesbank dem Bund zu. 2008 betrug die Münzeinnahmen 300 Mill. €. Für Banknoten fließt der Geldschöpfungsgewinn indirekt über den Bundesbankgewinn an den Bund. Der Gewinn der Deutschen Bundesbank betrug im Jahr 2008 6,3 Mrd. Euro. Dieser Gewinn resultiert nicht nur aus der Realisierung des Geldschöpfungsgewinns.

1.2 Die Zahlungsgewohnheiten haben sich geändert: Vom Staatsgeld- zum Privatgeldsystem

Die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat zu einer erheblichen Systemveränderung geführt: Entgegen der täglichen Erfahrung beim Einkaufen ist der Anteil der Barzahlungen im Vergleich zu allen Zahlungen nur noch sehr gering.

Laut Zahlungsverkehrsstatistik der Deutschen Bundesbank betrug 2008 der Wert der bargeldlosen Zahlungen durch Nichtbanken 73.788 Mrd. Euro². Demgegenüber stehen Barzahlungen im Wert von ca. 700 Mrd. Euro. Das sind weniger als 1 % aller Zahlungen.

² http://www.bundesbank.de/download/statistik/zahlungsverkehr/zvs_daten.pdf Tabelle 7

Entwicklung des Giralgeldes

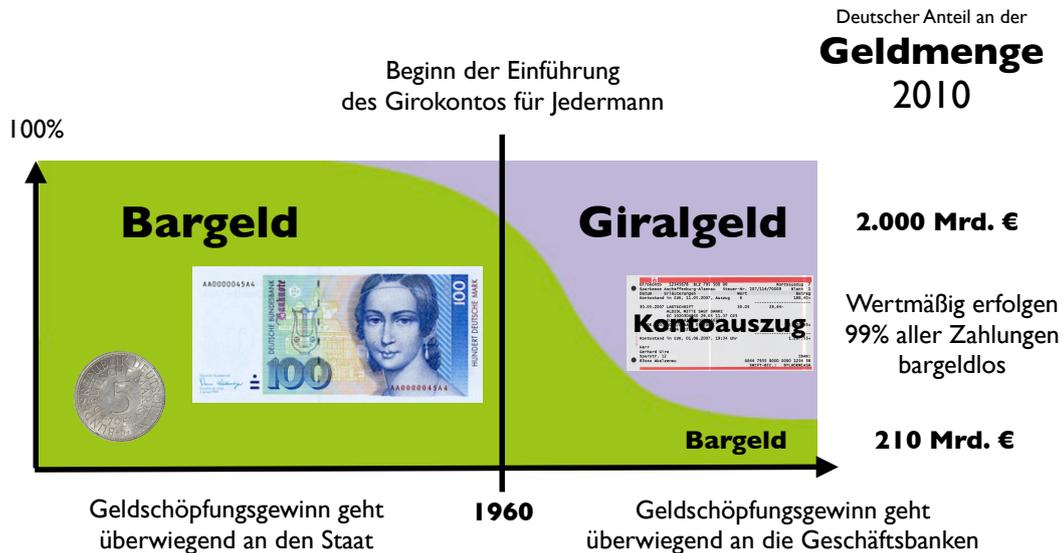


Abbildung 3.: Entwicklung des Giralgeldes

Am Beginn dieser Entwicklung war das Verhältnis noch umgekehrt. Vor 1960 war der bargeldlose Zahlungsverkehr weitgehend ein Zahlungsverkehr zwischen Banken³. Auch heute noch ist der Interbankenzahlungsverkehr wertmäßig ungefähr dreimal so hoch wie der Zahlungsverkehr unter Nichtbanken. Der Wert dieses Interbankenzahlungsverkehr betrug 2008 221.374 Mrd. Euro.

Das Geld für den bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Nichtbanken wurde und wird im Gegensatz zu Münzen und Banknoten nicht vom Staat, sondern von den Banken geschaffen und in den Verkehr gebracht. Dabei fließen – wie beim Falschgeld dem Geldfälscher – die Geldschöpfungsgewinne den Banken und *nicht* der Allgemeinheit zu.

Es mag sein, dass am Anfang dieser Entwicklung die Gewinne unbedeutend waren. Heute sind sie es nicht mehr: Das Geschäftsbankengeld beträgt per Ende Februar 2010 laut Bundesbank 1.999 Mrd. Euro. Dieser Betrag ist der deutsche Beitrag zur Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet⁴.

Wäre diese Geldmenge von 1.999 Mrd. Euro durch den Staat in den Verkehr gebracht worden, dann wäre der Gewinn bei einer einmaligen Realisierung des Geldschöpfungsgewinns, genauso wie bei Münzen, dem Fiskus zugeflossen. Mit diesem Gewinn könnte z.B. die Staatsverschuldung in Höhe von 1.900 Mrd. Euro bezahlt werden. Dies würde allein den Bundeshaushalt um jährlich 42 Mrd. Euro für Bundesschulden entlasten.

In einer Studie der Bundesbank zur Münzgeldentwicklung in Deutschland heißt es: „Wird Bargeld durch Sichteinlagen oder E-Geld verdrängt, fließt der entsprechende Geldschöpfungsgewinn den jeweiligen privaten Emittenten des Buchgeldes bzw. des E-Geldes zu“⁵

³ Zum allgemeineren Verständnis wird der Begriff Banken, anstelle des eigentlich gemeinten umfassenderen Begriffs monetäre Finanzinstitute verwendet.

⁴ <http://www.bundesbank.de/download/statistik/saisonwirt/i408.pdf>

⁵ <http://www.bundesbank.de/download/bargeld/muenzgeldentwicklung.pdf> Seite 113

2 Was ist Geld?

2.1 Wichtig ist den Wandel des Fachbegriffes Geld zu verstehen

Im täglichen Leben muss man Geld haben – aber nicht unbedingt verstehen, was Geld ist. Aber ohne dieses Verständnis kann man die Mechanismen und Ursachen der Finanzkrise nicht verstehen. Man kann z.B. nicht verstehen, ob die Milliardenhilfen für die Banken, die Konjunkturpakete oder eine Verschärfung der Bankenaufsicht nur Symptome bekämpfen, oder tatsächlich die Ursachen beseitigen.

Gerade für politisches Handeln genügt es nicht, das Richtige zu wollen. Man muss auch begründen können, dass das vermeintlich Richtige auch das Richtige ist.

Fast jeder sagt: Rosen haben Dornen. Der Fachmann weiß jedoch, Rosen haben keine Dornen, sondern Stacheln. Aus der Sicht des Fachmanns werden diese beiden Begriffe gerne verwechselt, weil der Unterschied nicht bekannt ist. So ähnlich verhält es sich mit dem Geldbegriff.

Im normalen Sprachgebrauch ist das Wort Geld der Sammelbegriff für Münzen, Banknoten und den Guthaben auf den Bankkonten.

Der Fachbegriff Geld ist ganz anders. Er bezieht sich auf die treibende Kraft hinter den Münzen, Banknoten und Guthaben bei Banken.

Wer meint, dass Banknoten und Münzen Geld seien, der verhält sich wie jemand, der vor dem Spiegel steht und sein Spiegelbild mit sich selbst verwechselt. Auch wenn dieses Spiegelbild genauso wie die Person vor dem Spiegel aussieht und auch in jeder Bewegung übereinstimmt, ist es etwas ganz anderes. Das Spiegelbild ist immateriell; die Person vor dem Spiegel materiell. Bei Banknoten und Geld ist es genau umgekehrt. Hier ist die Banknote materiell und das, was der Fachbegriff Geld bezeichnet, immateriell und unsichtbar. Es ist daher verständlich, dass das, was man anfassen kann, mit dem verwechselt wird, für das es steht.

Der Buchdruck zur Zeit Gutenbergs und die Textverarbeitung am Computer heute haben eine ähnlich revolutionäre Entwicklung hinter sich, wie das Geld zur Zeit Gutenbergs und Geld heute. In der Textverarbeitung sind sich alle dieser Entwicklung bewusst. Trotz Internetbanking hat sich das Verständnis für Geld kaum weiterentwickelt. Wäre es sonst nachvollziehbar, dass die „Blüenschöpfungen“ der Geldfälscher zu Recht strafrechtlich verfolgt werden, während die Geldschöpfung des Bankensektors nicht einmal erkannt wird, geschweige denn verstanden, obwohl es sich hierbei um den gleichen Sachverhalt handelt.

Die Geldschöpfung durch den Bankensektor zu verstehen ist Ziel dieses Kapitels und die Voraussetzung für das Verständnis von Finanzkrisen.

Um den abstrakten Charakter unseres heutigen Geldes zu verstehen, ist es sinnvoll, sich die wichtigsten Stationen in der Entwicklung des Geldes anzusehen. Es folgt eine stark verkürzte Darstellung, die den Abstraktionsprozess aufzeigt, den Geld in seiner Entwicklung erfahren hat. Unser heutiges Geld erfüllt zwar noch die gleichen Funktionen wie früher, aber es ist etwas ganz anderes.

Eine ausführlichere Darstellung kann man bei Michael North: „Kleine Geschichte des Geldes – Vom Mittelalter bis heute“ nachlesen.

2.2 Stationen der Geldentwicklung: Vom Gold zum Finanzinstrument

2.2.1 Tauschwirtschaft: Geld ist Gold, Silber, etc.

Die *Mark* war ursprünglich eine Gewichtseinheit für Edelmetall. Nach der Esslinger Reichsmünzordnung von 1524 wurde die Kölner⁶ Mark (= 233,855 g) in Deutschland verbindlich als Münzgewicht und Bezugsgröße für Münzen eingeführt.

Eine Mark Silber war also nichts anderes als eine bestimmte Menge Silber. Wurde diese Menge Edelmetall geteilt und geprägt, dann entstanden daraus Münzen. Sie wurden als allgemeines Tauschmittel, als Recheneinheit und zur Wertaufbewahrung verwendet. Aus einer (Gewichts)Mark Silber wurden z.B. 10 Taler geprägt.



Abbildung 4: Maria Theresien-Taler, 1780

Analog dazu wurde mit anderen Münzmetallen, wie z.B. Gold, verfahren. Aus Gold wurde Geld.



Abbildung 5: Goldgulden: Mainz, Erzbischof Johann II von Nassau, geprägt zwischen 1399 und 1402

Geld bestand zu dieser Zeit aus geprägten Metallstücken. Ihr Wert wurde durch das Gewicht des enthaltenen Edelmetalls bestimmt. Solche Münzen nennt man Kurantmünzen. Die Prägung garantierte das Gewicht und den Edelmetallgehalt. Kurantmünzen setzen die Idee um: Zählen statt wiegen.

Der Tauschhandel wurde durch diese Münzen vereinfacht. Anstatt alles mit allem zu tauschen, konnte man irgendeine Menge Waren oder Dienstleistungen gegen eine gleichwertige Menge Münzen eintauschen.

Der Versuch, den Nennwert und Materialwert einer Münze ungefähr gleich zu halten, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt:

1. Es gab kein einheitliches Münzsystem, sondern die Münzhoheit lag im späten Mittelalter bei Fürsten und Städten. Dadurch gab es eine Vielzahl von Münzen. Selbst bei gleicher Bezeichnung wich das Gewicht und der Edelmetallgehalt voneinander ab und änderte sich mit der Zeit.
2. Die Preise für die Münzmetalle änderten sich im Laufe der Zeit.
3. Darüber hinaus stellte man fest, dass z.B. ein Taler auch dann seine Geldfunktionen erfüllen konnte, wenn z.B. der Silbergehalt nicht der vorgeschriebenen Menge entsprach oder durch minderwertige Metalle teilweise ersetzt wurde. Aus einer Mark Silber wurden mit der Zeit immer mehr Taler geprägt. Wenn man

⁶ Die Mark gab es in verschiedenen regionalen Ausprägungen.

z.B. aus einer Mark Silber nicht 10, sondern 11 Taler prägte, dann hatte man 1 Taler Gewinn. Diesen Gewinn nannte man Schlagschatz und ist die ursprüngliche Form des Geldschöpfungsgewinns. Diese Entwicklung führte zu einer sog. Münzverschlechterung bzw. systematischen betrügerischen Münzentwertung.

2.2.2 Goldstandard: Geld ist ein Anspruch auf Gold

2.2.2.1 Von der Münze zur Banknote

Eine größere Menge Gold- oder Silbermünzen aufzubewahren erhöhte das Risiko des Diebstahls. Deshalb war es sinnvoll, die nicht für den täglichen Handel benötigten Münzen an einem sicheren Ort aufzubewahren. Goldschmiede und später Banken hatten Tresore zur Aufbewahrung von Wertgegenständen. Als Bestätigung für das abgelieferte Gold erhielt man eine Urkunde, auf der die gelagerte Menge Gold dokumentiert wurde.

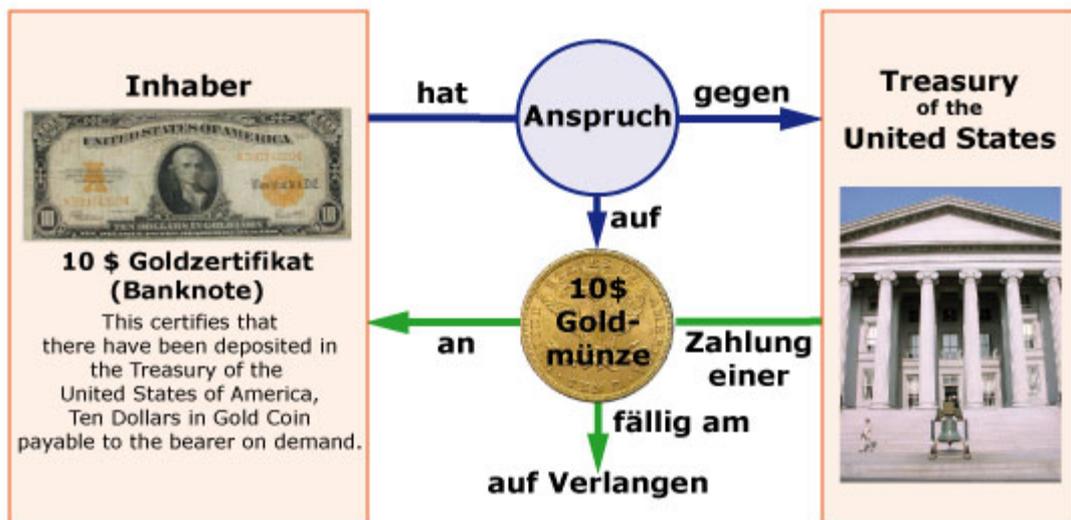
Für größere Zahlungen sind Münzen unhandlich. Viel praktischer war es, anstelle der Münzen mit den Lagerscheinen für Münzen zu zahlen. Bei Bedarf konnten die Lagerscheine jederzeit in die entsprechende Anzahl von Münzen umgetauscht werden.

Goldzertifikate waren nicht nur der Nachweis für einen Anspruch auf Gold, sondern der Beginn und die ursprüngliche Bedeutung der Banknoten.



Wichtig ist zu verstehen, dass ein Goldzertifikat nicht der Anspruch *ist*, sondern lediglich den Anspruch *nachweist* bzw. *verbrieft*. Der Anspruch selbst ist ein Rechtsanspruch und damit ein sog. subjektives Recht. Währungssysteme, die ein bestimmtes Umtauschverhältnis in Gold garantierten, basierten auf dem sog. Goldstandard.

Währungssystem mit Goldstandard



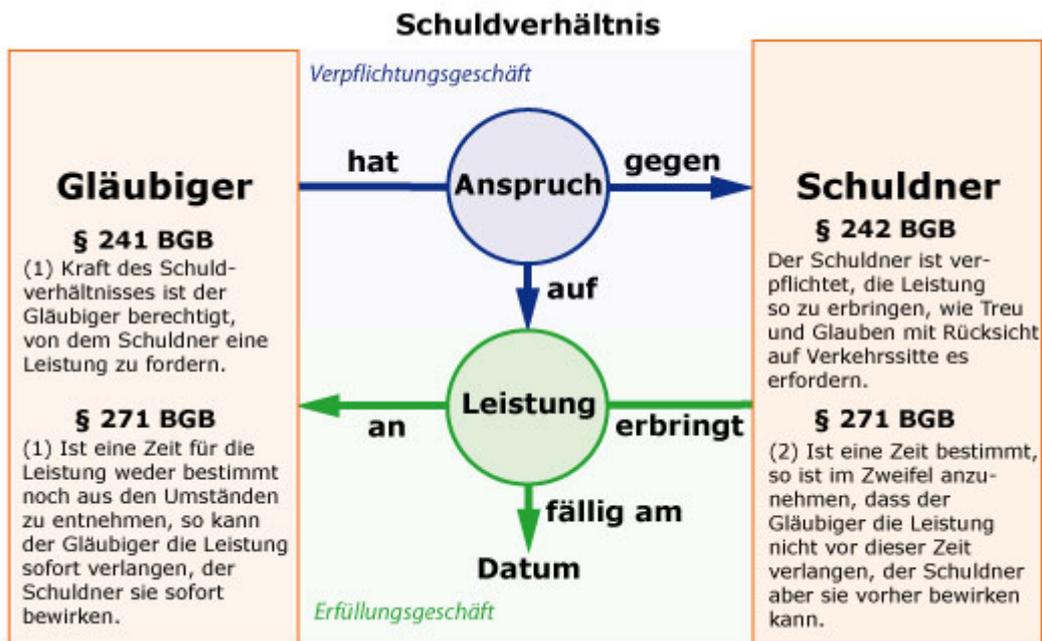
Das Goldzertifikat dokumentiert, dass beim Schatzamt der Vereinigten Staaten von Amerika eine 10 Dollar Goldmünze hinterlegt wurde, die dem Inhaber der Urkunde auf Verlangen auszuzahlen ist. Die Goldmünze gab es jedoch nur gegen Rückgabe des Goldzertifikats. Es wurde dann nicht vernichtet, sondern bei Bedarf wieder gegen eine Goldmünze eingetauscht. Dadurch wurde die Vorstellung geprägt, dass das Goldzertifikat genau so viel Wert ist wie die Goldmünze.

Banknoten in dieser Zeit verbrieften einen Anspruch auf Gold und erfüllten die Geldfunktionen in vielen Fällen besser als die Goldmünzen selbst. Das ist der Grund dafür, warum Banknoten zu einer vollwertigen Ergänzung zu den Kurantmünzen wurden.

Banknote, Anspruch und Goldmünze sind drei völlig verschiedene Dinge: Die Banknote ist ein Wertpapier, der Anspruch ist ein subjektives Recht und die Goldmünze ist eine bestimmte Menge Gold. Aus dieser Darstellung sollte klar werden, dass der materielle Wert der Banknote nichts mit dem Wert des Anspruchs zu tun hat, der durch die Banknote verbrieft wird. Innerhalb eines Währungs- und Rechtssystems bilden sie jedoch eine funktionale Einheit.

2.2.2.2 Die Schlüsselidee: Schuldverhältnisse

Die Trennung des abstrakten Anspruches einerseits und das, worauf sich dieser Anspruch bezieht (= Leistung) andererseits, entspricht grundlegendem juristischem Denken und ist in Deutschland im Schuldrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 241 – 853 BGB) allgemein geregelt. Schuldverhältnisse sind die Grundbausteine aller schuldrechtlichen Verträge und bestehen aus einem sog. Verpflichtungsgeschäft und einem sog. Erfüllungsgeschäft. Im Verpflichtungsgeschäft wird der Anspruch vereinbart, der im Erfüllungsgeschäft durch das vereinbarte Tun, Unterlassen oder Erdulden erfüllt wird.



Das Wort *Anspruch* kommt in den §§ 241 und 242 BGB zwar nicht vor, aber diese Formulierungen definieren den juristischen Begriff *Anspruch* des bürgerlichen Rechts, der aus drei Elementen besteht:

1. Dem Recht des Gläubigers, die geschuldete Leistung zu verlangen.
2. Der Pflicht des Schuldners, die geschuldete Leistung zu erbringen.
3. Dem objektiven Rechtsgrund (Kraft des Schuldverhältnisses ...), der dem Gläubiger das Recht gibt, die empfangene Leistung zu behalten.

Ansprüche sind die *Energie* in einem Rechts- und Wirtschaftssystem. Ansprüche verbinden Personen, Unternehmen oder Organisationen und zwingen sie zum Handeln, Unterlassen oder Erdulden. Gegebenenfalls mit der ganzen Macht des Staates, wenn der Schuldner seiner Verpflichtung nicht nachkommt. Die Verbindung zur Rechtsordnung ist entscheidend. Sie macht Ansprüche zu subjektiven Rechten. Das objektive Recht zu diesen subjektiven Rechten besteht aus den Gesetzen, die sich mit Ansprüchen, Geld und der Währungsordnung befassen.

Der Begriff *Schuldverhältnis* ist der Dreh- und Angelpunkt im Verständnis des heutigen Geldbegriffs. Entgegen landläufiger Meinung ist es nicht das Vertrauen in ein Stück aufwendig bedrucktes Papier, das Geld zum Geld macht – sondern das Recht, das durch die Banknote verbrieft wird und die Macht des Staates dieses Recht durchzusetzen.

2.2.3 Fiktiver Goldkern: Geld ist ein Anspruch auf Geld oder Gold

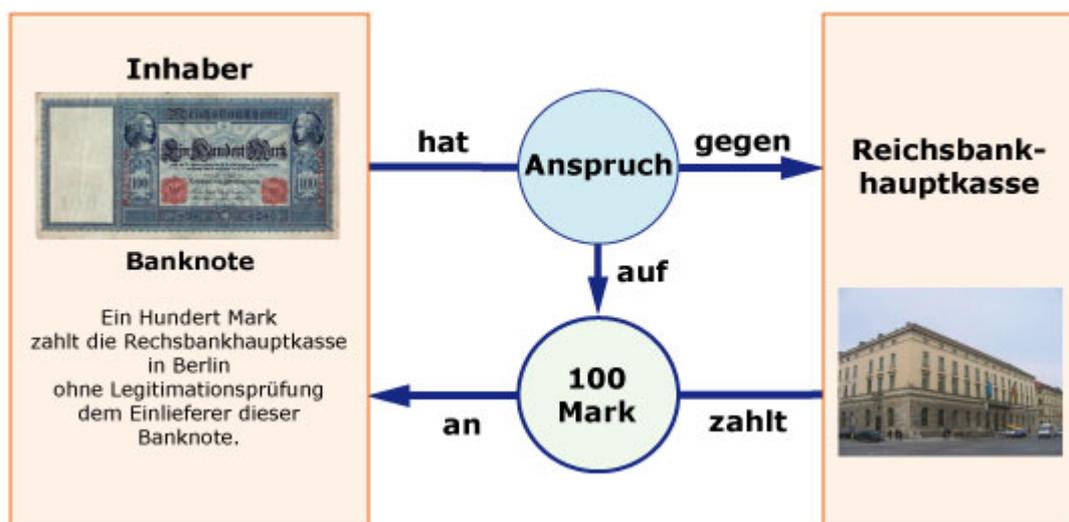
Für die meisten Menschen ist der Goldstandard der Inbegriff eines realen Währungssystems. So sollte ein Währungssystem sein. So stellt man sich Geld und ein Währungssystem vor. Unser heutiges Währungssystem wird nicht wirklich verstanden und unterscheidet sich grundlegend von einem Währungssystem mit Goldstandard. Die Reichsbanknoten waren die Brücke in dieser Entwicklung.

Auf einer 100 Mark Reichsbanknote von 1908 steht: Ein Hundert Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin ohne Legitimationsprüfung dem Einlieferer dieser Banknote.

Der fehlende Hinweis auf Gold bzw. Goldmünzen ist bemerkenswert und im Kern eine Revolution. Er bedeutete die partielle Lösung von der Goldbindung und ist der entscheidende Schritt in Richtung auf unser heutiges Kreditgeld.



Währungssystem mit fiktivem Goldkern



In welcher Form die 100 Mark gezahlt werden ist offen. Es könnte Gold sein, aber auch ein Sichtguthaben, Münzen oder Banknoten.

Im § 14 des Bankgesetzes⁷ von 1875 steht zwar: Die Reichsbank ist verpflichtet, Barrengold zum festen Satze von 1.392,00 Mark für das Pfund fein gegen ihre Noten umzutauschen. – Aber das war nicht die Intention und gängige Praxis. Die Reichsbank wäre konkret auch nicht dazu in der Lage gewesen, alle ausgegebenen Banknoten in Gold einzutauschen, weil sie so viel Gold gar nicht besaß und nach § 17 auch nicht dazu verpflichtet war.

⁷ <http://de.wikisource.org/wiki/Bankgesetz>

2.2.4 Giralgeld: Geld ist ein Anspruch auf Geld

Erst später und durch die Umstände gezwungen merkte man, dass es weder das Gold noch das Silber ist, was Geld zum Geld macht. Je mehr eine Währung ihre Gold- oder Silberdeckung verlor, desto klarer wurde, was Geld tatsächlich ist: Geld ist ein Anspruch auf Geld.

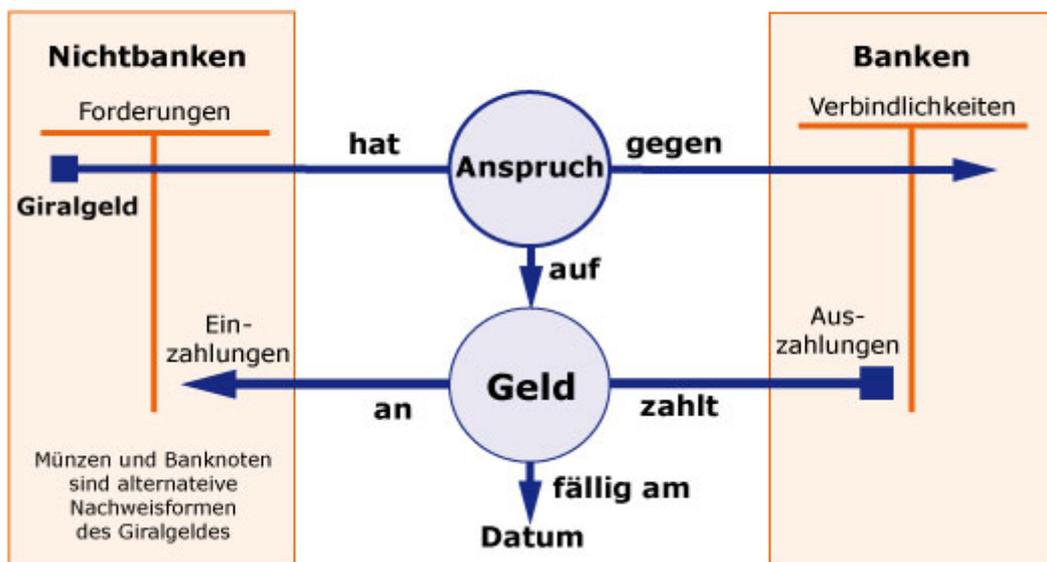
Die konsequente Weiterentwicklung der fiktiven Goldkernwahrung ist unser heutiges Kreditgeld bzw. Giralgeld. Es verzichtet auf den Goldkern und besteht aus *purem* Anspruch.

Der Wegfall der Goldbindung macht dieses Geld *besser* und nicht schlechter, weil es unabhängig von einem mehr oder weniger zufälligen Gold- bzw. Silbervorkommen ist, das nichts mit dem tatsächlichen Geldbedarf einer Volkswirtschaft zu tun hat.

Allerdings setzt die Abkopplung vom Gold eine große Disziplin in der Geldschöpfung voraus. In der historischen Betrachtung gibt es durchaus Beispiele mangelhafter und fehlender Disziplin, was zum Teil zu inflationären Entwicklungen mit verheerenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft geführt hatte. Wie noch ausgeführt werden wird, können auch Finanzblasen als Folge unkontrollierter Geldschöpfung betrachtet werden.

Die Golddeckung ist im Grunde eine Ressourcenverschwendung, weil Gold für Geld nicht gebraucht wird. Es lagert nutzlos in den Tresoren der Zentralbanken. Es erzwingt bestenfalls eine fehlende Disziplin in der Geldschöpfung.

Währungssystem mit Giralgeld



Unser heutiges Geld besteht aus Ansprüchen auf Geld der Nichtbanken gegenüber Banken.

Einen *Anspruch auf Geld* nennt man auch *Forderung*. Diese Forderungen wurden früher in Kontenbuchern der Banken *verbucht* und dadurch nachgewiesen. Daher stammt auch der Begriff Buchgeld als Synonym für Giralgeld. Heute werden diese sog. Kontokorrentkonten bzw. Girokonten digital auf Computern geführt. Die Kontenbucher wurden durch Tabellen in Datenbanken ersetzt.

Münzen und Banknoten sind lediglich alternative Nachweisformen solcher Buchforderungen, die ausschließlich von der Zentralbank in Umlauf gebracht werden dürfen.

Im Bundesbankgesetz⁸ wird im Zusammenhang mit Münzen und Banknoten konsequenterweise von *Geldzeichen* gesprochen und nicht von Geld.

Zwischen Kurantmünzen einerseits und Scheidemünzen andererseits besteht ein wesentlicher Unterschied: Eine Kurantmünze ist eine bestimmte Menge Edelmetall, die als Zahlungsmittel verwendet wird. Eine Scheidemünze ist ein verbrieftter Anspruch auf Zentralbankgeld, der als Zahlungsmittel verwendet wird. Wer einen verbrieften Anspruch mit einem Papierdokument und nicht mit einem Metallstück in Verbindung bringt, der sei daran erinnert, dass die Eurobanknoten aus reiner Baumwolle bestehen.

Das Verhältnis von Münzen, Banknoten und Kontoständen einerseits und Geld andererseits ist analog dem Verhältnis zwischen einer Statue, einem Foto und dem Spiegelbild einerseits und der abgebildeten Person andererseits.

Im normalen Sprachgebrauch wird der Nachweis mit der Rechtsbeziehung selbst verwechselt. (So wie das Spiegelbild und die Person vor dem Spiegel.) Möglicherweise ist man sich auch gar nicht bewusst, dass Geld eine ganz spezielle Rechtsbeziehung und genau genommen ein schuldrechtlicher Vertrag ist.

Auf der Seite des Nachweis-Inhabers nennt man diese Rechtsbeziehung Forderung und seine Rolle Gläubiger. Auf der anderen Seite nennt man die Rechtsbeziehung Verbindlichkeit und die Rolle desjenigen, der diesen Nachweis in den Verkehr gebracht hat, Schuldner.

Wäre der Nachweis das Geld, dann könnte ein Arbeiter in einer Geldfabrik wie folgt argumentieren: Heute schenk ich mir die Mittagspause und drucke mir ein paar Tausend Scheine für den Eigenbedarf. Als Gegenleistung verzichtet er großzügig auf seinen Lohn. Die so in den Verkehr gebrachten Banknoten könnten durch kein System als Falschgeld identifiziert werden, weil sie sich materiell von echten Banknoten nicht unterscheiden. Was sie dennoch zum Falschgeld macht, ist der fehlende Rechtsgrund. – Aber den kann man einer Banknote nicht ansehen. Diesen Rechtsgrund greifbar zu machen, ist ja genau die Aufgabe der Banknoten.

Eine 10-Euro-Banknote weist also das Recht nach, 10 Euro von der Zentralbank zu fordern. Ein 10-Euro-Guthaben bei einer Geschäftsbank weist ebenso das Recht nach, von dieser Bank 10 Euro zu fordern.

Auf den ersten und zweiten Blick scheint diese Definition unsinnig. Warum sollte und wollte man 10,00 Euro gegen 10,00 Euro eintauschen. Nur um Geld zu wechseln oder einen alten Geldschein gegen einen neuen einzutauschen?

Die Definition, dass Geld ein Anspruch auf Geld ist, erscheint auch deshalb unsinnig, weil der zu definierende Begriff (= *Geld*) in der Definition selbst auftaucht (= Anspruch auf *Geld*). Solche Definitionen nennt man rekursive Definitionen, wenn diese Definitionen einen Rekursionsanfang haben und die Rekursionsschritte irgendwann beim Rekursionsanfang landen. Im Falle von Geld wird der Rekursionsanfang durch Ansprüche auf Geld, die sich gegen die Zentralbank richten, gebildet. Das gesamte Bargeld der Nichtbanken fällt in diese Kategorie. Ein Rekursionsanfang ist notwendig, damit kein Zirkelschluss entsteht.

⁸ <http://bundesrecht.juris.de/bbankg/BJNR007450957.html>

Jeder Anspruch wird durch die Leistung, auf die sich der Anspruch bezieht, erfüllt und hört dann auf zu existieren. Nur bei Geld ist das anders. Da bei einem Anspruch auf Geld die Leistung Geld ist und Geld wiederum ein Anspruch auf Geld ist, wird ein Anspruch auf Geld durch einen nominal gleichen Anspruch auf Geld ersetzt. Etwas anschaulicher ausgedrückt: Es wird das Forderungsende der Rechtsbeziehung Geld weitergereicht.

2.2.5 Finanzinstrumente: Der heutige Geldbegriff

Der Begriff *Finanzinstrument* entwickelt den Geldbegriff konsequent weiter und deckt sich mit der Definition in Kapitel 2.2.4: Geld ist ein Anspruch auf Geld.

Die *International Accounting Standards (IAS)* bzw. *International Financial Reporting Standards (IFRS)* definieren in IAS 32.11 ein Finanzinstrument folgendermaßen:

*A financial instrument is any contract that gives rise to a financial asset of one entity and a financial liability or equity instrument of another entity.*⁹

Ein Finanzinstrument (financial instrument) ist ein Vertrag, der bei einer Vertragspartei einen finanziellen Vermögenswert und bei der anderen Vertragspartei eine finanzielle Verbindlichkeit bzw. ein Eigenkapitalinstrument begründet.

Nach IAS 32.11 werden Eigenkapitalinstrumente als Verträge definiert, die einen Residualanspruch auf die Vermögenswerte eines Unternehmens nach Abzug aller dazugehörigen Verbindlichkeiten begründen. Diese Eigenkapitaldefinition wird in IAS 32.16 konkretisiert: Ein wesentliches Kriterium für die Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital ist die vertragliche – auch gesellschaftsvertragliche – Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln. Sofern keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe flüssiger Mittel besteht, handelt es sich um Eigenkapital.¹⁰

Der englische Begriff „instrument“ sollte man in dem gegebenen Kontext besser als Wertpapier bzw. Wertrecht übersetzen.

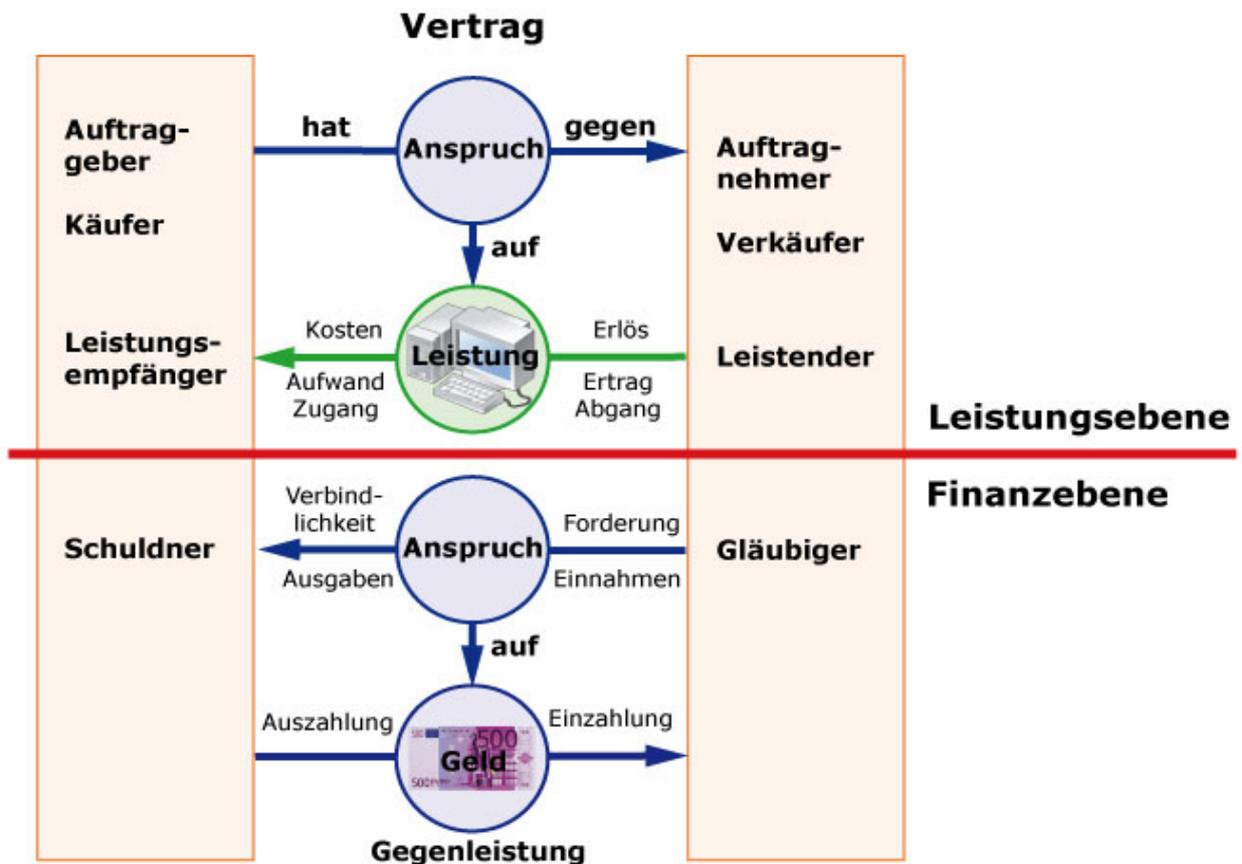
(ToDo: Dieses Kapitel muss noch detaillierter ausgeführt werden.)

2.3 Warum und wie funktioniert Geld?

Geld funktioniert in einer Volkswirtschaft deshalb, weil der Austausch von Waren und Dienstleistungen über Verträge läuft, die alle nach dem gleichen Schema aufgebaut sind: In diesen Verträgen wird ein Anspruch auf irgendeine Ware oder Dienstleistung gegen einen Anspruch auf Geld *rechtsverbindlich* vereinbart. Im Falle eines Kaufvertrages bekommt der Käufer die Ware (= Leistung), weil er einen Anspruch darauf hat und der Verkäufer bekommt das Geld (= Gegenleistung), weil er hierauf einen Anspruch hat. Beide dürfen die empfangenen Leistungen behalten, weil sie es so vertraglich vereinbart haben.

⁹ <http://eifrs.iasb.org/eifrs/bnstandards/en/ias32.pdf> Randnummer 11

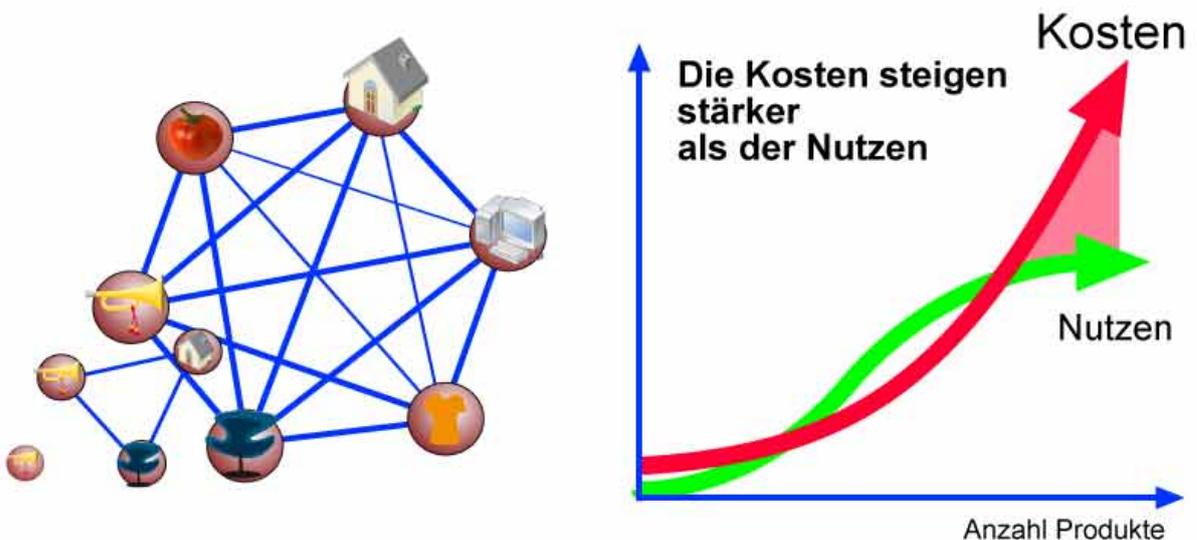
¹⁰ http://www.iasplus.de/documents/ifrs-forum_2005_3.pdf Seite 1



Der Konsens in diesen Verträgen, sich in der Gegenleistung auf ein allgemeines Tauschmittel, sprich Geld, zu einigen, ist dabei die geniale Idee. Wenn alles mit allem getauscht werden würde, entstünde eine nicht mehr handhabbare Menge an Preisverhältnissen.

Ohne Geld gäbe es bei 10.000 unterschiedlichen Artikeln $1+2+3+\dots+9.999 = 49.995.000$ Preisverhältnisse. Eine Preisänderung würde 9.999 Veränderungen der Preisverhältnisse nach sich ziehen und ein zusätzlicher Artikel würde 10.000 zusätzliche Preisverhältnisse bedeuten.

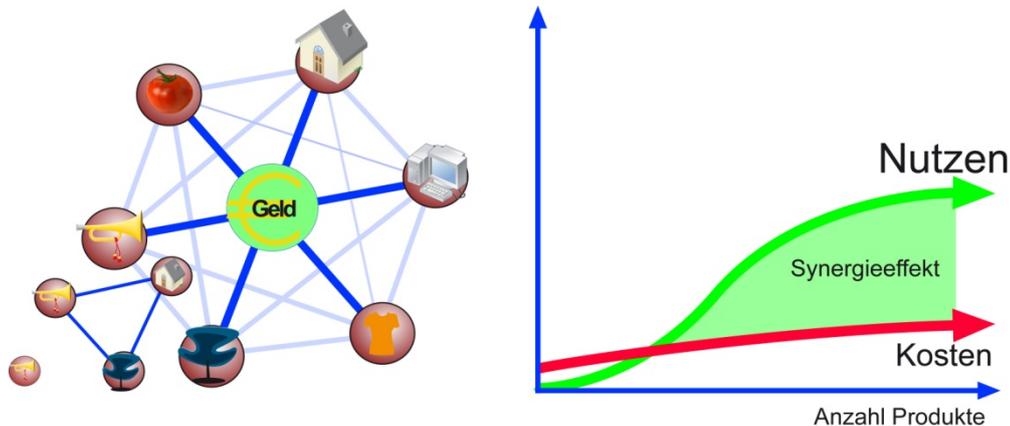
In einer Tauschwirtschaft nimmt die Komplexität überproportional zu



Mit Geld gibt es bei 10.000 unterschiedlichen Artikeln 10.000 Preise. Wenn sich ein Preis ändert, dann muss nur dieser Preis geändert werden. Wenn ein Artikel hinzu kommt, dann kommt nur ein Preis hinzu.

In genau dieser Reduzierung der Komplexität liegt ein gewaltiger Synergieeffekt und ist der Grund, warum Verträge nach dem Schema Ware oder Dienstleistung gegen Geld geschlossen werden. Geld ist der gemeinsame Standard beim Tausch von Waren und Dienstleistungen. Leistungen in Geld nennt man Zahlungen und Geld wird in diesem Gebrauch zum Zahlungsmittel.

Gemeinsame Standards reduzieren die Komplexität



Der Synergieeffekt besteht nicht nur in der Reduzierung der Tauschverhältnisse, sondern auch in der Abschaffung der Notwendigkeit, dass direkt oder indirekt die getauschten Waren und Dienstleistungen, dem entsprechen, was die Tauschpartner letztendlich wünschen.

Darüber hinaus besteht der Synergieeffekt in der Bildung eines einfachen Wertmaßes. In einer Tauschwirtschaft entsteht zwar auch eine Vorstellung vom Wert der Waren und Dienstleistungen untereinander, aber diese Vorstellung ist nicht zu vergleichen mit der Einfachheit und Präzision eines Preises in Geldeinheiten.

Durch diesen Synergieeffekt geht der volkswirtschaftliche Wert des Gelds über seinen nominalen Wert hinaus. Geld erleichtert und vereinfacht den Tausch von Waren und Dienstleistungen erheblich und funktioniert dabei wie ein Katalysator. Nach erfolgtem Tausch ist das dabei eingesetzte Geld nicht verbraucht, sondern steht in voller Höhe für weitere Transaktionen zur Verfügung.

Geldschöpfung ist Wertschöpfung, solange mögliche Auswirkungen auf inflationäre Preisentwicklungen beachtet werden. Geld begründet seinen Wert also nicht dadurch, dass sein Nachweis aus Gold oder anderen Edelmetallen besteht, sondern durch den Nutzen seiner Funktionen und dem volkswirtschaftlichen Synergieeffekt.

Ohne Geld wären unsere heutigen Volkswirtschaften nicht denkbar. Geld ist ein wichtiger Teil der immateriellen Infrastruktur einer Volkswirtschaft. Für jeden ist klar, dass z.B. das Straßennetz ein wertvoller und wichtiger Teil der materiellen Infrastruktur einer Volkswirtschaft ist. Die Meisten tun sich jedoch sehr schwer damit Geld, in analoger

Weise zu sehen. Weil die Giralgeldschöpfung fast nichts kostet, meinen viele, dass Giralgeld im Vergleich zu Goldmünzen nichts oder weniger Wert sein müsse.

Im engeren Sinne entspricht der tatsächliche Wert des Geldes seinem nominalen Wert: 10 Euro sind genau 10 Euro wert. Das gilt für Giralgeld und Banknoten genauso wie für Goldmünzen, weil z.B. 10 Euro genau eine Verbindlichkeit von 10 Euro erfüllen können. Geld verliert also nie an (innerem) Wert.

Davon zu unterscheiden ist die Kaufkraft, die im Preis einer Ware oder Dienstleistung zum Ausdruck kommt und sich durchaus mit der Zeit ändert. Die Kaufkraft könnte man auch als den äußeren Wert des Geldes bezeichnen.

Geld wird einzig und allein zur Erfüllung von Ansprüchen auf Geld benötigt. Die Nachweise für Geld (Münzen, Banknoten, Kontoauszüge) müssen daher keinen eigenen Wert besitzen, sondern nur möglichst fälschungssicher sein, möglichst lange halten und selbst möglichst wenig kosten.

Dieser Sachverhalt ist für viele Menschen nur sehr schwer verständlich. Sie haben irgendwie das Gefühl, dass der Wegfall der Golddeckung die dreisteste Form der Münzverschlechterung ist und Goldmünzen oder durch Gold gedeckte Banknoten wertvolleres Geld sind als unser heutiges Kreditgeld. Um von dieser Vorstellung weg zu kommen, muss man sich darüber klar werden, dass Münzen und Banknoten lediglich Geldzeichen sind aber kein Geld.

Eine Analogie mag hier weiterhelfen: Das Gefahrenzeichen *Vorsicht gefährliche Kurve* ist nicht die Gefahr und ist auch etwas ganz anderes als der Straßenabschnitt, auf den das Verkehrszeichen hinweist. Der Wert und die Eigenschaften der Straße sind etwas ganz anderes, als der Wert und die Eigenschaften des Verkehrszeichens. Ein Verkehrszeichen wäre nicht besser, wenn man es aus Asphalt herstellen würde.

Anhand der Zahlen lässt sich dieser Zusammenhang ebenfalls gut veranschaulichen. Mit in Gold gegossenen Zahlen lässt sich nicht besser oder genauer rechnen als mit auf Papier geschriebenen Zahlen. Im Gegenteil, es wäre nur viel umständlicher. Und auch hier gilt: Das, was wir sehen, sind genaugenommen *Zahlenzeichen* und nicht die Zahlen. Zahlen sind wie Geld oder Gedanken abstrakt und ohne eigenen materiellen Wert.

Wer also meint, nur durch Gold oder Silber gedecktes Geld sei vollwertiges oder gar besseres Geld, der hat im Kern nicht verstanden, was heutzutage Geld ist. Die Rechtsordnung ist der Ursprung und die Basis für Geld. Dazu gehört, dass z.B. Ansprüche auf Geld eingeklagt werden können und der Euro innerhalb der Eurozone das einzige gesetzliche Zahlungsmittel ist.

Die Währungsreserven in Gold sind also nicht nur ein Relikt vergangener Tage, sondern Ausdruck dafür, dass die Zentralbanken untereinander noch nicht ganz den Weg in eine moderne Geldwirtschaft gefunden haben. Sie treiben zum Teil noch Tauschhandel auf der Entwicklungsstufe des Warengeldes.

2.4 Geldfunktionen

Der Kontext, in dem Geld zur genialen Idee wird, ist eine Volkswirtschaft. Geld übernimmt hier vielfältige und einzigartige Funktionen. Diese Funktionen sind der Grund warum Geld gehalten wird und so begehrt ist. Ohne diese Funktionen und Einbindung in eine Volkswirtschaft wäre Giralgeld völlig nutz- und wertlos.

Geld ist **volkswirtschaftliche Energie**: Weil Kreditgeld ein schuldrechtlicher Vertrag ist, verbindet es Wirtschaftssubjekte und baut über die Forderungs-Verbindlichkeits-

Beziehungen eine Spannung innerhalb der Volkswirtschaft auf, die den Waren- und Dienstleistungsfluss sowie deren Produktion antreibt. Im Allgemeinen wird ein Unternehmen nur dann einen Kredit aufnehmen, wenn es mit diesem Geld wirtschaftliche Aktivitäten entfalten will, die am Ende einen Gewinn abwerfen. Geld schafft einen Angebots- und Nachfragedruck auf den Geld-, Waren- und Dienstleistungsmärkten. Ohne die Bereitschaft Schuldverhältnisse einzugehen gäbe es kein Kreditgeld und der Austausch von Waren und Dienstleistungen wäre im Vergleich zu heute auf einem sehr viel niedrigerem Niveau.

Im konkreten Tausch von Waren und Dienstleistungen wird diese Energie nicht verbraucht, weil Geld hier als allgemeines Tauschmittel, sprich **Zahlungsmittel**, eingesetzt wird und wie ein Katalysator funktioniert. Nach der Transaktion steht es in voller Höhe für weitere Transaktionen zur Verfügung.

Geld wird als Zahlungsmittel zum potentiellen Anspruch auf einen Teil der gehandelten bzw. zukünftig produzierten Waren und Dienstleistungen. Mit Geld kann man alles kaufen, was auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten angeboten wird.

Über den Preis wird Geld zum allgemeinen **Wertmaß** für Waren und Dienstleistungen. Der durch den Preis ausgedrückte Wert ist die gemeinsame Eigenschaft aller Waren und Dienstleistungen. Wie jedes Maß ist auch der Preis das Produkt aus einer **Maßzahl** und einer **Maßeinheit**, wie z.B. **10 kg** oder **50,00 Euro**. Bei dem Wertmaß Geld ist die Maßeinheit und damit Werteinheit die Währungseinheit.

Da die Höhe des Preises (= Maßzahl) als Zahl ausgedrückt wird, kann der Preis einfach und zweifelsfrei identifiziert werden und man kann mit Geld so einfach wie mit Zahlen rechnen. Es ist nicht wie z.B. bei einem Stück Gold, dessen Gewicht und Reinheit aufwendig bestimmt werden muss.

Geld hat – außer im Falle von Währungsreformen – kein Verfallsdatum und kann dadurch die Gegenwart mit der Zukunft verbinden. Mit Geld kann man jetzt oder später etwas kaufen. Mit dieser Eigenschaft wird Geld zum idealen **Wertaufbewahrungsmittel**, das in Form von *Geldkapital* einen wichtigen Teil des Vermögens der Wirtschaftssubjekte darstellt.

Preise und insbesondere Preisveränderungen machen Geld zum wichtigsten **Kommunikationsmittel** einer Volkswirtschaft. Selbst beim Umweltschutz sind es die Preisänderungen und weniger Einsicht und Vernunft, die Verhaltensänderungen herbeiführen.

Über den Gewinn/Verlust wird Geld zum globalen **Steuerungsmittel** wirtschaftlicher Ressourcenverteilung und Produktion. Investitionen folgen den Gewinnerwartungen. Verluste zwingen zum Umdenken bis hin zur Einstellung der Produktion.

2.5 Geld, Geldverträge und Finanzinstrumente

Wie dargestellt ist Geld ein Anspruch auf Geld und damit ein schuldrechtlicher Vertrag. Diese Ansprüche sind zum größten Teil auf Konten **verbuchte** Rechte.

Für einen Anspruch auf Geld kann man eine Urkunde erstellen, ohne die der Anspruch weder geltend gemacht noch übertragen werden kann. Man sagt, die Forderung wurde **verbrieft**. Die daraus entstehenden Urkunden sind das Material für Bargeld und andere Finanzinstrumente.

Im Folgenden wird gezeigt, dass im Grunde alle Geldverträge Variationen von Geld sind. In diesem allgemeinen Sinne wird der Begriff Finanzinstrument verwendet:

Unter einem **Finanzinstrument** sind alle vertraglichen Ansprüche und Verpflichtungen zu verstehen, die unmittelbar oder mittelbar den Austausch von Zahlungsmittel zum Gegenstand haben. Die aus Verträgen oder Vereinbarungen resultierenden Rechte bzw. Pflichten müssen dabei auf finanziellen Sachverhalten beruhen.¹¹

Bei der offiziellen Definition der Geldmenge wird jedoch mehr oder weniger willkürliche, ein Teil der Ansprüche auf Geld ausgegrenzt.

Der Ursprung allen Giralgeldes sind Darlehensverträge.

2.5.1 Darlehensvertrag: Die Geburtsstunde des Giralgeldes

Als Geldverträge sollen schuldrechtliche Verträge verstanden werden, deren Leistungen und Gegenleistungen aus Geld bestehen.

Der grundlegende Geldvertrag ist der *Darlehensvertrag*. Durch ihn schöpfen und vernichten Banken Geld. Er besteht i.a. aus fünf Ansprüchen:

1. Dem Anspruch des Darlehensnehmers auf Auszahlung des Darlehensbetrags.
2. Dem Anspruch des Darlehensgebers auf Rückzahlung des Darlehens.
3. Dem Anspruch des Darlehensgebers auf Zinszahlungen, Gebühren, etc.
4. Dem Anspruch des Darlehensgebers auf Leistung der vereinbarten Sicherheiten.
5. Dem Anspruch des Darlehensnehmers auf Freigabe der Sicherheiten, wenn die Tilgungs- und Zinszahlungen erbracht wurden.

Dabei sind die Ansprüche 4 und 5 optional und bilden den Sicherungsvertrag bzw. die Sicherungsabrede.

In der folgenden Darstellung werden die Buchungen aus der Sicht des Darlehensgebers gezeigt und der Darlehensgeber ist eine Bank.

Ganz allgemein wird unsere Sichtweise des Geldes durch Banken und deren Perspektive geprägt. Eine Einlage bei einer Bank ist aus der Perspektive der Nichtbank ein Darlehen an die Bank. Genauso ist ein Darlehen der Bank aus der Sicht der Nichtbank eine Einlage. Wir sprechen von Habenpositionen, obwohl es sich aus der Sicht der Nichtbank und in der Buchhaltung der Nichtbank um Sollpositionen handelt.

Die Auszahlung des Darlehens erfolgt durch den Buchungssatz: Per Darlehenskonto an Kontokorrentkonto. Durch diese Buchung entsteht auf dem Darlehenskonto eine Forderung in Höhe des Darlehens und auf dem Kontokorrentkonto eine entsprechende Verbindlichkeit der Bank. Aus der Sicht des Kunden ist diese Verbindlichkeit eine Forderung bzw. ein Guthaben auf seinem Kontokorrentkonto. Dieses Guthaben ist Geld, das es vorher nicht gab. Nach dieser Buchung kann der Darlehensnehmer über das Guthaben verfügen und beliebige Zahlungen vornehmen. Durch die Buchung: „Per Darlehenskonto an Kontokorrentkonto“ entsteht Giralgeld (= Geldschöpfung).

Die Tilgung bzw. Darlehensrückzahlung erfolgt mit dem Buchungssatz: Per Kontokorrentkonto an Darlehenskonto.

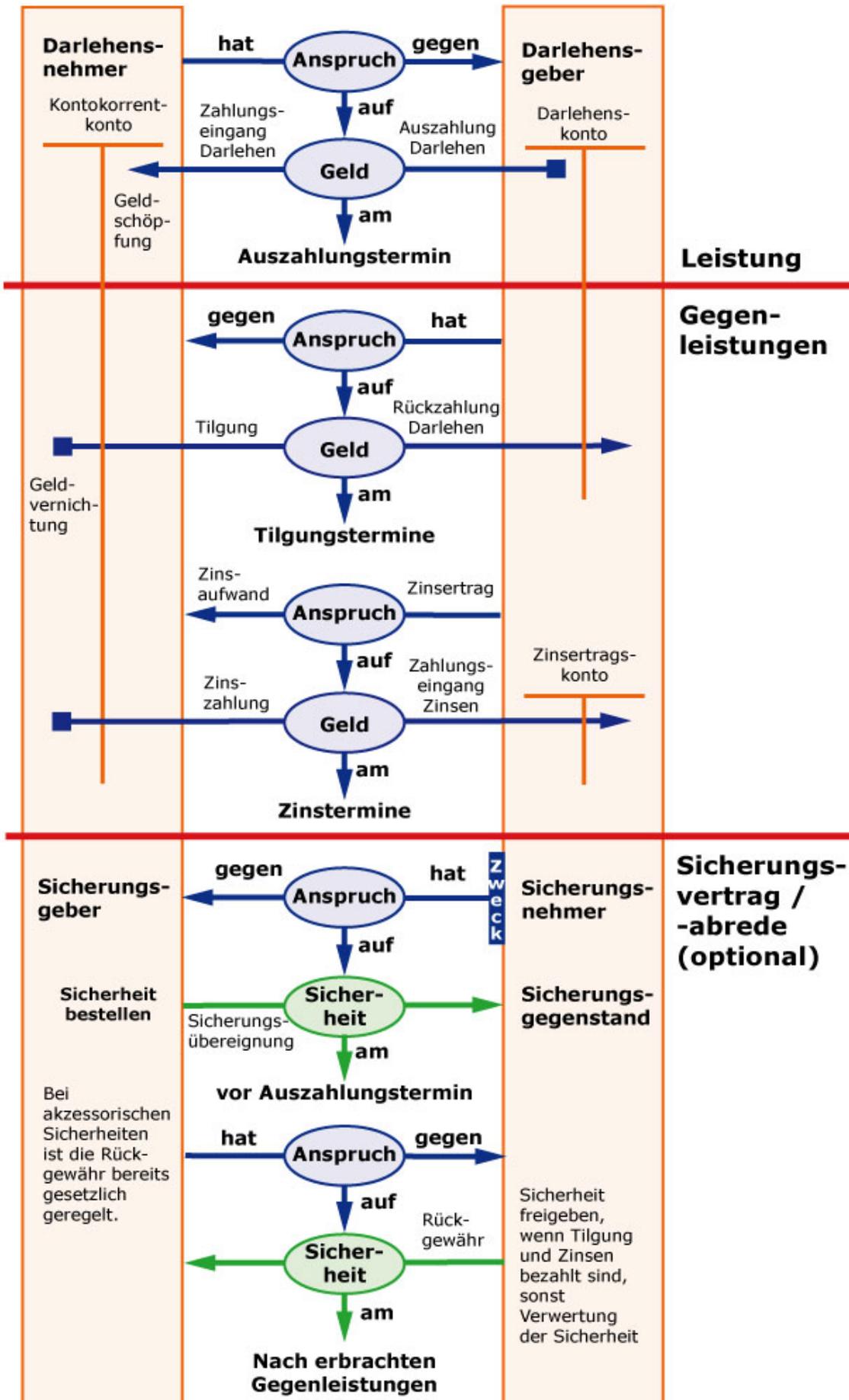
Fällige Zinsforderungen innerhalb einer Periode nennt man Zinsertrag. Fällige Zinsverbindlichkeiten innerhalb einer Periode nennt man Zinsaufwand. Der Zinsertrag des Darlehensgebers ist also der Zinsaufwand des Darlehensnehmers.

¹¹ Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzinstrument>

Die zu zahlenden Zinsen werden wie folgt gebucht: Per Kontokorrentkonto an Zins-tragskonto.

Durch die Tilgungs- und Zinszahlungen wird das geschöpfte Giralgeld wieder vernichtet. Der Geldschöpfungsgewinn kann also nur so lange realisiert werden, solange das Dar-lehen noch nicht zurück bezahlt ist. Die Zinszahlungen an die Banken führen jedoch über die Ausgaben und Gewinnausschüttungen der Banken zu einer entsprechenden Geldschöpfung und gleichen somit die Geldvernichtung durch die Zinszahlungen der Kunden wieder aus.

Darlehensvertrag

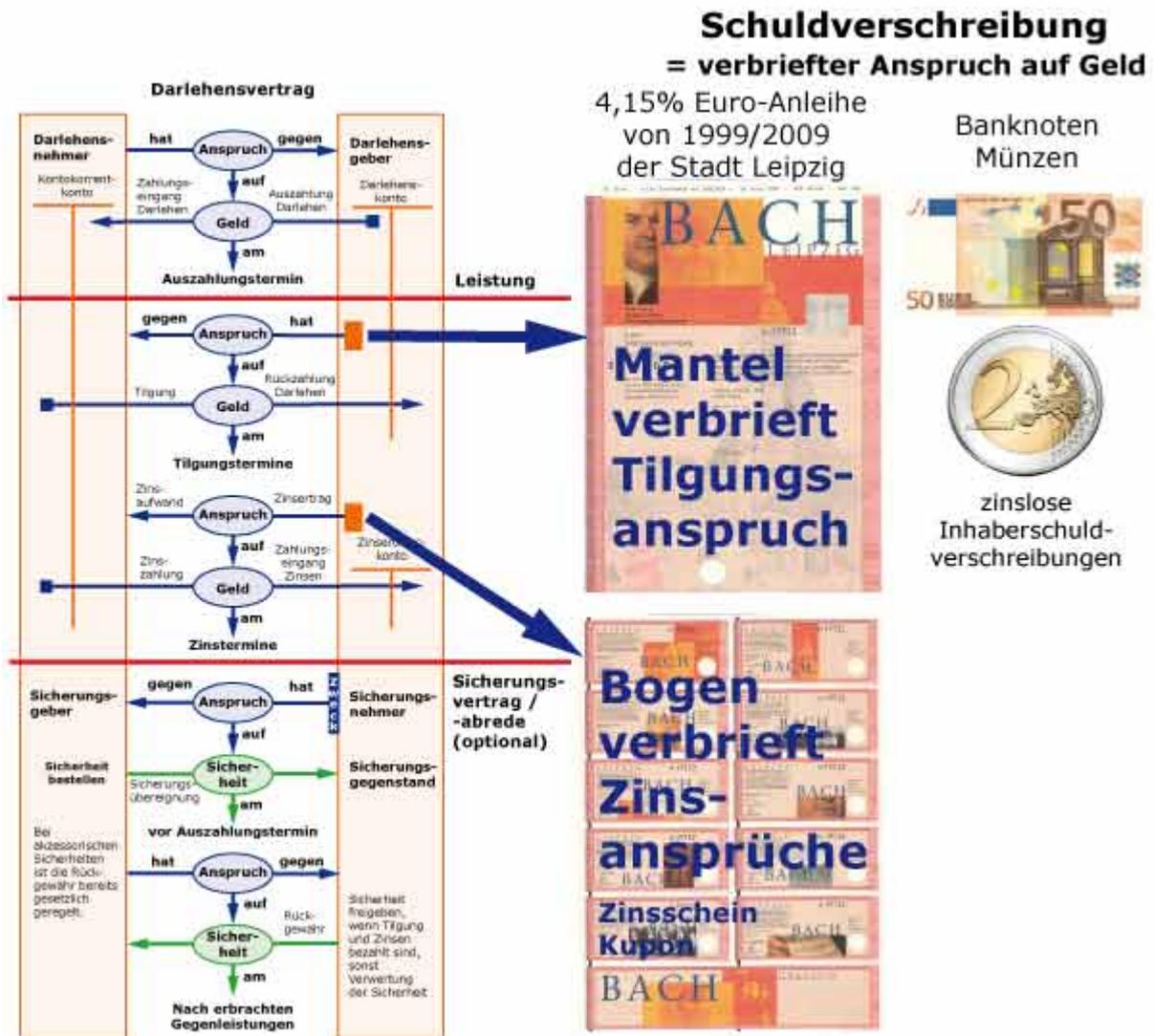


2.5.2 Schuldverschreibungen: Die Banknoten der Banken

Eine Schuldverschreibung ist ein *verbrieft* Anspruch auf Geld.

Der Begriff Schuldverschreibung wird hier auch als Sammelbegriff für verzinsliche Wertpapiere, Effekten, Anleihen, Pfandbriefe, Rentenpapiere, Obligationen, etc. verwendet. Diese Begriffe sind teilweise synonyme Begriffe oder spezielle Schuldverschreibungen.

Banknoten sind die bekanntesten Beispiele verbrieft Forderungen. Durch die Verbriefung kann mit Forderungen so einfach wie mit Banknoten umgegangen werden. Der abstrakte Anspruch bekommt auf diese Weise eine materielle Hülle.



Je nach Ausprägung dieser Urkunden, der Sicherheiten und Schuldner lassen sich eine Vielzahl von Schuldverschreibungen unterscheiden. Wenn z.B. der unmittelbare Besitzer der Schuldverschreibung den Anspruch geltend machen kann, dann nennt man diese Gruppe Inhaberschuldverschreibungen. Ist jedoch der Name des Gläubigers in der Urkunde festgelegt, dann kann nur er oder eine von ihm beauftragte Person den Anspruch geltend machen und man spricht von sog. Namensschuldverschreibungen.

Abgezinsten Schuldverschreibungen, die zur Beschaffung kurzfristiger Gelder ausgegeben werden, nennt man Geldmarktpapiere. Abzinsen bedeutet, dass der Zinsanspruch vom Kaufpreis der Schuldverschreibung gleich abgezogen wird und dadurch kein Bogen benötigt wird. Der Zinsanspruch wird sofort beim Kauf erfüllt.

Eine Banknote oder Münze ist genau genommen der Mantel einer zinslosen Inhaberschuldverschreibung der Zentralbank.

Geld sind Darlehen, die als Zahlungsmittel verwendet werden. Dieser Sachverhalt ist das wahre Bankgeheimnis. Unser Währungssystem ist ein Darlehenssystem. Nichtbanken bezahlen ihre Schulden mit Forderungen gegen Zentral-/Geschäftsbanken. Am Beginn dieser Entwicklung (ab 1874) war dieser Sachverhalt noch bekannt. Hier stand auf den Banknoten noch das, was sie sind: Darlehenskassenscheine.



Parallel dazu entwickelten sich die Bezeichnungen Reichskassenschein und Reichsbanknote.

Der Verkauf von Schuldverschreibungen von Banken an Nichtbanken führt zu einer entsprechenden Verringerung der Sichteinlagen der Nichtbanken und damit der Geldmenge. Durch die Börsen für Schuldverschreibungen, auf denen in sehr kurzer Zeit Schuldverschreibungen in Sichteinlagen zurückverwandelt werden können, wird der Unterschied zwischen Sichteinlagen und Schuldverschreibungen ähnlich wie beim Sichteinlagen und Bargeld aufgehoben.

Aufgrund dieses Zusammenhangs ist es konsequent, dass Schuldverschreibungen zur Geldmenge hinzugerechnet werden und gleichen somit die Geldvernichtung beim Verkauf wieder aus.

Bei der amtlichen Geldmengenabgrenzung werden jedoch nur Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren zur Geldmenge gerechnet. Diese Grenze von zwei Jahren ist willkürlich.

Schuldverschreibungen übernehmen schwerpunktmäßig die Geldfunktion der Wertaufbewahrung. Im Gegensatz dazu übernehmen Bargeld und Sichteinlagen die Geldfunktion der Transaktionskasse.

2.5.3 Zentralbankgeld: Der Ursprung

Ansprüche auf Geld gegen die Zentralbank in der Zentralbankwährung nennt man Zentralbankgeld. Zentralbankgeld entsteht durch:

1. Darlehen der Zentralbank an Banken und Nichtbanken.
2. Die Bezahlung empfangener Waren und Dienstleistungen von Nichtbanken, wie z.B. Gold, Devisen, Münzen, Wertpapiere, Sachanlagen aber auch Löhne und Gehälter, durch die Zentralbank.

Münzen und Banknoten sind verbrieftes Zentralbankgeld.

Das Zentralbankgeld bildet den Ursprung der Geldmenge eines Währungssystems. Das Zentralbankgeld bildet den Rekursionsanfang der Geldmenge eines Kreditgeld-Währungssystems. In Zentralbankgeld müssen auf Verlangen bzw. bei Fälligkeit alle Ansprüche auf Geld eingelöst werden.

Laut Geschäftsbericht 2009 beträgt der deutsche Anteil am Euro-Münzumsatz 5,3 Mrd. Euro, der tatsächliche Banknotenumlauf 348,1 Mrd. Euro und das Zentralbank-Giralgeld 278,4 Mrd. Euro.

2.5.4 Geschäftsbankengeld: Ansprüche auf Zentralbankgeld

Ansprüche auf Zentralbankgeld gegen Geschäftsbanken nennt man Geschäftsbankengeld. Geschäftsbankengeld entsteht durch:

1. Darlehen der Geschäftsbanken an Nichtbanken.
2. Die Bezahlung empfangener Waren und Dienstleistungen von Nichtbanken, wie z.B. Gold, Devisen, Münzen, Wertpapiere, Sachanlagen aber auch Löhne und Gehälter, durch die Geschäftsbanken.

Schuldverschreibungen der Geschäftsbanken sind verbrieftes Geschäftsbankengeld. Schuldverschreibungen sind die *Banknoten* der Geschäftsbanken. Allerdings werden Schuldverschreibungen der Banken verzinst. Die Banknoten der Zentralbank decken schwerpunktmäßig die Transaktionsfunktion des Geldes ab, während die „Banknoten“ der Geschäftsbanken die Wertaufbewahrungsfunktion besser erfüllen.

Geschäftsbankengeld unterscheidet sich von Zentralbankgeld dadurch, dass der Anspruch auf Zentralbankgeld nicht unmittelbar gegen die Zentralbank gerichtet ist, sondern gegen die jeweilige kontoführende Geschäftsbank.

Auch wenn die Ansprüche gegen Geschäftsbanken einheitlich in Zentralbankwährung lauten, hat jede Bank im Grunde ihr eigenes Geschäftsbankengeld. Das sind die Einlagen der Nichtbanken bei der jeweiligen Geschäftsbank und die an die Nichtbanken verkauften Schuldverschreibungen.

2.5.5 Fondsanteile: Ansprüche auf Ansprüche ... auf Geld

Fonds sind Sondervermögen. Wenn die Aktiva eines Fonds hauptsächlich aus Ansprüchen auf Geld bestehen, dann sind die Fondsanteile indirekte Ansprüche auf Geld. Da die Aktiva selbst wieder Fondsanteile enthalten können, entstehen hierdurch beliebig lange Anspruchsketten auf Geld.

Fondsanteile unterscheiden sich von Eigenkapital dadurch, dass aus dem Beteiligungsrecht das Stimmrecht heraus filetiert wurde. Ein Fondsanteilseigner hat das gesamte Risiko, aber nichts mehr zu sagen. Für die Kapitalgesellschaften der Fonds besteht damit die Möglichkeit in großem Stil zu spekulieren ohne selbst ein Risiko zu tragen.

	Eigenkapital	Fondsanteile	Fremdkapital
Miteigentum am Vermögen	Ja	Ja	Nein
Haftung für Verbindlichkeiten	Ja	Ja	Nein
Gewinnbeteiligung	Ja	Ja	Nein
Mitspracherecht	Ja	Nein	Nein
Befristung	Nein	Nein	Ja

2.5.6 ABS: Strukturierte Ansprüche auf Ansprüche ... auf Geld

Todo

2.5.7 Derivate: Bedingte Ansprüche auf Ansprüche ... auf Geld

Todo

2.5.8 Erscheinungsformen des Geldes

2.5.8.1 Termingeld

Mit Bargeld und Sichteinlagen könnten jederzeit Zahlungen vorgenommen werden. Wenn Geld zur Wertaufbewahrung genutzt wird, dann ist eine sofortige Verfügbarkeit nicht erforderlich. Einschränkungen in der Verfügbarkeit führen zu sog. Termingeld. Dabei unterscheidet man Festgeld, bei dem der Fälligkeitstermin festgelegt ist, und Kündigungsgeld, bei dem eine bestimmte Kündigungsfrist einzuhalten ist.

Termingelder sind Darlehensverträge, bei denen die Bank der Darlehensnehmer ist.



2.5.8.2 Geldmarktfonds

Werden Geldmarktpapiere in einem Sondervermögen gebündelt und Beteiligungsrechte an diesem Sondervermögen verbrieft, dann entstehen sog. Geldmarktfonds. Die einzelnen Beteiligungsrechte nennt man Fondsanteile.

Durch Fonds entstehen also indirekte Ansprüche an Schuldverschreibungen. Diese Indirektion kann beliebig fortgesetzt werden indem Fonds Anteile von Fonds halten.

Da die Fondsanteile genauso wie die Schuldverschreibungen gehandelt werden können, werden auch Geldmarktfondsanteile zur Geldmenge M3 gezählt.

Das Sondervermögen der Fonds kann beliebiges Vermögen enthalten. Dementsprechend spricht man z.B. von Immobilienfonds oder Aktienfonds.

2.5.8.3 Übersicht über die Erscheinungsformen des Geldes

Ansprüche auf Geld können nach Art des Nachweises, der Fälligkeit, der Sicherheiten, Gläubiger und Schuldner klassifiziert werden. Die Art des Nachweises prägt das Erscheinen und die Handhabung. Hier wird zwischen *verbuchten* und *verbrieften* Ansprüchen auf Geld unterschieden. Die Fälligkeit entscheidet über die Funktion. Geld für *Transaktionszwecke* muss auf Verlangen oder in relativ kurzer Zeit verfügbar sein. Geld zur *Wertaufbewahrung* kann dagegen Einschränkungen in der Verfügbarkeit haben.

Hinsichtlich des Schuldners wird zwischen Zentralbank- und Geschäftsbankengeld unterschieden.

Geld und Geldverträge lassen sich anhand von sechs Eigenschaften charakterisieren: Höhe des Anspruchs, Fälligkeit, Schuldner, Gläubiger, Nachweis und Sicherheiten.

	Eigenschaften des Geldes und der Geldverträge					
	Höhe des Anspruchs	Fälligkeit	Schuldner	Gläubiger	Nachweis	Sicherheiten
Münzen	Nominalwert	auf Verlangen (aV)	Zentralbank (ZB)	Inhaber	Münze	Rechtsordnung (RO)
Banknoten	Nominalwert	auf Verlangen	Zentralbank	Inhaber	Banknote	Rechtsordnung
Giralgeld der Zentralbank	Saldo des Kontos	aV	Zentralbank	Kontoinhaber	Konto	RO, Vertrag
Giralgeld der Geschäftsbanken	Saldo des Kontos	aV	Geschäftsbank (GB)	Kontoinhaber	Konto	RO, Vertrag
Festgeld	Saldo des Kontos	vereinbartes Datum	Banken	Kontoinhaber	Konto	RO, Vertrag
Termingeld	Saldo des Kontos	vereinbarte Kündigungsfrist	Banken	Kontoinhaber	Konto	RO, Vertrag
Geldmarktpapiere	Nominalwert	vereinbartes Datum	Banken, Unternehmen, Kommunen, etc.	Inhaber	Schuldverschreibung	RO, Bonität Schuldner
Schuldverschreibungen	Nominalwert	vereinbartes Datum	Banken, Unternehmen, Kommunen, etc.	Inhaber / Namen	Mantel, Bogen	RO, Bonität Schuldner, Wertpapiere, u.a.
forderungsbesicherte Wertpapiere			Zweckgesellschaft			
Derivate	Abhängig vom Basiswert					

2.6 Wie wird der Geldschöpfungsgewinn realisiert und wer bekommt ihn?

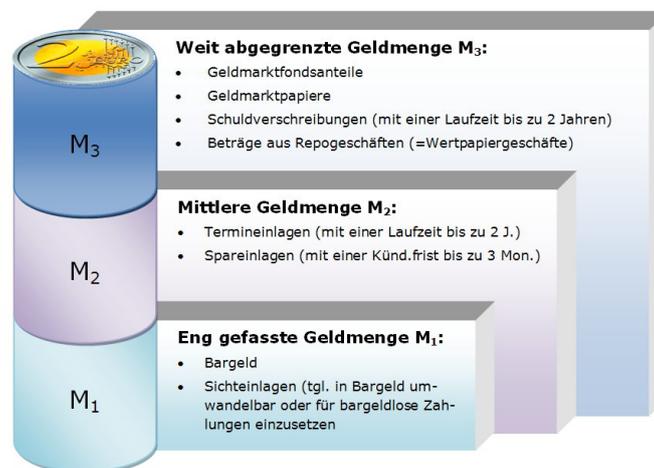
2.6.1 Geldmenge, Geldschöpfung und Geldvernichtung

Obwohl Bargeld eine Forderung gegen die Zentralbank ist, besteht im Normalfall nicht die Intention, diese Forderung geltend zu machen. Zum einen, weil man für einen An-

spruch auf Geld nur Geld bekommen kann und zum andern, weil Nichtbanken Geld kaufen und halten, um es als Zahlungsmittel, zur Wertaufbewahrung oder für spekulative Zwecke zu nutzen. Analog verhält es sich mit den Forderungen gegen die Geschäftsbanken. Diese Forderungen werden nur in Höhe des Bargeldbedarfs geltend gemacht. Der weitaus größte Teil der Forderungen gegen Geschäftsbanken bleibt im Bankensektor und wird genauso wie Zentralbankgeld als Zahlungsmittel, zur Wertaufbewahrung oder für spekulative Zwecke genutzt.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, wird in Deutschland ein Bestand von ca. 2.250 Mrd. Euro benötigt, dem ein fast genauso hoher Geldschöpfungsgewinn gegenüber steht.

Laut Bundesbank setzen sich die unterschiedlichen Geldmengenabgrenzungen wie folgt zusammen:



12

Alle Verfügungen, die die Geldmenge M3 erhöhen, werden Geldschöpfung genannt; alle Verfügungen, die die Geldmenge M3 senken, werden Geldvernichtung genannt.

Im Zuge der Geldschöpfung/-vernichtung entsteht ein Geldschöpfungsgewinn/-verlust. Wird das geschöpfte Geld verliehen, dann wird mit der Geldschöpfung die Möglichkeit geschaffen, über Zinsen einen Geldschöpfungsgewinn zu realisieren. Diese Möglichkeit wird im Zuge der Geldvernichtung beendet.

Der Geldschöpfungsgewinn kann auf zwei verschiedene Arten realisiert werden:

1. **Einmalig**, indem mit dem geschöpften Geld Rechnungen bezahlt werden. Die Höhe des Gewinns ist die Differenz aus dem Nominalwert und den Herstellungskosten des geschöpften Geldes. Bei Giralgeld sind diese Kosten vernachlässigbar, weil Giralgeld lediglich eine Zahl im Computer ist. Die einmalige Art der Realisierung findet statt,
 - a. wenn gefälschtes Bargeld in den Verkehr gebracht wird oder
 - b. wenn der Bund Münzen zum Nennwert an die Bundesbank verkauft,
 - c. wenn Banken ihre Rechnungen von Nichtbanken mit Giralgeld bezahlen.

Das geschöpfte Geld wird an Nichtbanken gegen Waren und Dienstleistungen verkauft.

2. **Dauerhaft** in Form von Zinsen, wenn das geschöpfte Geld verliehen wird. Diese Art der Realisierung findet statt:

¹² <http://de.wikipedia.org/wiki/Geldmenge>

- a. bei den im Umlauf befindlichen Banknoten der Zentralbank und
- b. bei der Kreditvergabe des Bankensektors an Nichtbanken.

Bei der Entscheidung, ob der Geldschöpfungsgewinn einmalig oder dauerhaft realisiert werden soll, stellt sich die Frage, welche Form insgesamt mehr Gewinn verspricht.

Finanzmathematisch gesehen ist die Frage bei der dauerhaften Form der Geldschöpfung identisch mit der Frage nach dem Barwert des Zinsertrags aus der Geldschöpfung und ist bekannt unter dem Begriff Barwert einer ewigen Rente.

Die Formel hierfür lautet: Barwert ewige Rente = Rentenhöhe / Zinssatz

Bezogen auf die dauerhafte Form den Geldschöpfungsgewinn zu realisieren, lautet daher die Formel:

$$(1) \text{ Barwert Geldschöpfungsgewinn} = \text{Geldschöpfung} * \text{Zinssatz} / \text{Zinssatz}$$

Das Produkt aus Geldschöpfung * Zinssatz ist der periodische Zinsertrag, den z.B. die Zentralbank bekommt, wenn sie geschöpftes Geld an Banken verleiht.

Aus der Formel (1) lässt sich der Zinssatz kürzen und man erhält als Ergebnis, dass der Barwert des Geldschöpfungsgewinns der Geldschöpfung entspricht. Von diesem Bruttogeldschöpfungsgewinn müssen noch, genauso wie bei der einmaligen Realisierung, die Kosten der Geldschöpfung abgezogen werden. Somit spielt es keine Rolle, ob man den Geldschöpfungsgewinn einmalig oder dauerhaft realisiert; der Geldschöpfungsgewinn ist in beiden Fällen gleich hoch.

Die einmalige Realisierung des Geldschöpfungsgewinns, wie sie z.B. bei gefälschten Banknoten entsteht, ist viel offensichtlicher als die dauerhafte Realisierung durch Zinsen. Dies dürfte auch der Grund sein, warum die Geldschöpfung des Bankensektors in Nicht-Fachkreisen so gut wie unbekannt ist und in Fachkreisen teilweise bestritten wird.

Die ganz große Gefahr bei der dauerhaften Form, den Geldschöpfungsgewinn zu realisieren, besteht darin, dass der Darlehensgeber das verliehene Geld nicht zurück bekommt. In diesem Fall hätte nicht der Geldschöpfer, sondern der Darlehensnehmer den Geldschöpfungsgewinn für sich vereinnahmt.

Von der dauerhaften Art der Gewinnrealisierung kann man jederzeit in die einmalige Art umsteigen, wenn das geschöpfte Geld nicht mehr verliehen wird, sondern wenn damit Verbindlichkeiten bezahlt werden. An dieser Möglichkeit setzt der Vorschlag zum Abbau der Staatsverschuldung an.

Die zeitliche Abgrenzung der Geldmenge ist fragwürdig, weil zum einen eine sachliche Begründung fehlt und zum anderen Widersprüche auftreten.

Warum sollte eine Einlage mit einer vereinbarten Laufzeit von 2 Jahren Geld sein und eine Einlage mit einer vereinbarten Laufzeit von 2 Jahren und einem Tag nicht? Diese Einlage taucht einen Tag später wie aus dem Nichts auf und erhöht die Geldmenge M3, ohne dass einer der oben beschriebenen Geldschöpfungsprozesse stattgefunden hat.

Geld in seiner Funktion als Wertaufbewahrungsmittel endet nicht nach 2 Jahren oder bei einer Kündigungsfrist bis zu drei Monaten.

Das Geld, das durch Münzen und Banknoten verbrieft wird und unstreitig zur Geldmenge gezählt wird, hat genau genommen ebenfalls eine Laufzeit, die in aller Regel über 2 Jahre liegt. Allerdings ist diese Laufzeit nicht explizit auf der Münze oder Banknote vermerkt, sondern wird entweder per Verordnung verkündet, oder ergibt sich aus dem physischen Zustand. Beschädigte oder abgenutzte Banknoten und Münzen werden aus

dem Verkehr gezogen und gegen neue ersetzt. In diesem Fall könnte man natürlich auch argumentieren, dass die Laufzeit unbefristet ist und lediglich der verschlissene Nachweis ausgetauscht wird.

2.6.2 Geldterritorien: Claims zur Förderung des Geldschöpfungsgewinns

Den Geldschöpfungsgewinn kann ein Geldschöpfer dann und nur dann realisieren, wenn er ein Geldterritorium hat. Das bedeutet, dass die gegen ihn gerichteten Ansprüche auf Geld als Zahlungsmittel oder zur Wertaufbewahrung genutzt werden – und *nicht* geltend gemacht werden!

In dieser Hinsicht hat die Zentralbank die besten Förderrechte: Sie erhält ihr Geldterritorium per Gesetz. Ihr Geld ist gesetzliches Zahlungsmittel. Sie erfüllt Ansprüche auf Geld indem sie Zentralbankgeld tauscht: Bargeld in Sichtguthaben und Sichtguthaben in Bargeld. Dies wird tatsächlich recht häufig getan: 2009 hat die Bundesbank Banknoten im Wert von 488,4 Mrd. Euro ausbezahlt und Banknoten im Wert von 464,6 Mrd. Euro erhalten.

Darüber hinaus kann sie alle auf Zentralbankgeld lautenden Rechnungen mit ihrem eigenen Geld bezahlen. Eine Zentralbank kann also währungssystembedingt nicht zahlungsunfähig werden.

Geschäftsbanken müssen sich ein eigenes Geldterritorium schaffen und verteidigen. Nur wenn es ihnen gelingt, dass die Einlagen der Nichtbanken auf den Konten der eigenen Bank bleiben, kann diese Bank den Geldschöpfungsgewinn realisieren. Sobald durch Überweisung oder Barabhebung das Geld das eigene Territorium verlässt, verliert sie die Möglichkeit zur Realisierung des Geldschöpfungsgewinns an die andere Geschäftsbank bzw. Zentralbank. Überweisungen auf ein Konto bei einer anderen Bank oder Barabhebungen muss eine Bank in Zentralbankgeld leisten. Das Zentralbankgeld hierfür müssen sich Geschäftsbanken von der Zentralbank oder Nichtbanken leihen oder kaufen.

Eine Geschäftsbank verteidigt ihr Territorium dadurch, dass sie möglichst viele Kunden gewinnt und dadurch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass eine Überweisung innerhalb der Bank bleibt. Zum anderen binden Geschäftsbanken überschüssige Transaktionskasse der Kunden damit dieses Geld nicht das Geldterritorium der Geschäftsbank verlässt. Diese Bindung erfolgt durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und Termingeld. Für diese Geldanlagen bekommt der Kunde Zinsen. Genau genommen findet hier eine Vernichtung von Sichteinlagen statt, die durch die Schuldverschreibungen und Termingelder wieder ausgeglichen wird. Aber – und das ist der entscheidende Punkt – der Kunde bleibt für die Dauer der Geldanlage im Geldterritorium des Geschäftsbank.

Ein Bankenrun ist der Zusammenbruch des Geldterritoriums der betroffenen Bank.

2.6.3 Geldschöpfungsgewinn der Zentralbank

Zentralbanken *schöpfen* Geld indem sie Aktiva, wie z.B. Gold, Devisen, Wertpapiere, die nicht zur Geldmenge zählen oder Sachanlagen und Dienstleistungen von Nichtbanken kaufen und die Rechnungen mit Zentralbankgeld *bezahlen*. Das so erhaltene Zentralbankgeld erhöht die Geldmenge bei den Nichtbanken und ist die Geldschöpfung.

Der Geldschöpfungsgewinn wird in diesen Fällen *einmalig* realisiert und ist die Differenz aus dem Wert der gekauften Waren und Dienstleistungen und den Herstellungskosten des zur Zahlung verwendeten Zentralbankgeldes.

Zentralbanken *vernichten* Geld indem sie Aktiva, wie z.B. Gold, Devisen, Wertpapiere, die nicht zur Geldmenge zählen oder Sachanlagen und Dienstleistungen verkaufen und ihre Rechnungen mit Zentralbankgeld *bezahlt bekommen*.

Wäre der Waren- und Dienstleistungsaustausch der Zentralbank mit den Nichtbanken ausgeglichen, dann würde sich der Geldschöpfungsgewinn auf einen Zinsvorteil beschränken. Dies gilt insbesondere für Münzen und Banknoten, weil es sich dabei um zinslose Inhaberschuldverschreibungen handelt. Für Sichteinlagen werden teilweise Habenzinsen bezahlt, was den Geldschöpfungsgewinn entsprechend mindert.

Da aber der Waren- und Dienstleistungssaldo der Zentralbank mit den Nichtbanken langfristig und erheblich unausgeglichen ist und die Nichtbanken das gekaufte Zentralbankgeld als Zahlungsmittel und zur Wertaufbewahrung dauerhaft halten möchte, kann dieser dauerhafte Saldo als einmaliger Geldschöpfungsgewinn aufgefasst werden.

Münzen sind aus der Sicht der Deutschen Bundesbank Aktiva, die vom Bund zum Nennwert gekauft werden. Bei Münzen wird der Geldschöpfungsgewinn vom Bund einmalig realisiert.

Der weitaus größere Teil des Geldschöpfungsgewinns der Zentralbank realisiert die Zentralbank dauerhaft über die Zinsen, der von ihr gewährten Darlehen. Allerdings kann nicht der gesamte Zinsrohertrag als Geldschöpfungsgewinn bezeichnet werden, sondern nur der Teil, der nach Abzug der Kosten der Zentralbank übrig bleibt.

2.6.4 Geldschöpfungsgewinn beim Falschgeld

Wäre nicht der Ärger mit den Strafverfolgungsbehörden, dann wäre der Banknoten- und Münzfälscher in einer ähnlich guten Position wie die Zentralbank.

Ein Geldfälscher klinkt sich in das Geldterritorium der Zentralbank ein, indem er Nachweise für Geld in Verkehr bringt, die genauso aussehen wie die der Zentralbank.

Gefälschte Banknoten und Münzen funktionieren nach dem Prinzip: Was wie Bargeld aussieht und wie Bargeld funktioniert ist Bargeld.

So lange Falschgeld nicht erkannt wird, funktioniert es in jeder Hinsicht wie echtes Geld.

Der Geldschöpfungsgewinn beim Falschgeld ist am offensichtlichsten. Bei einer gefälschten 100-Euro-Banknote erhält der Geldfälscher Waren oder Dienstleistungen im Wert von 100 Euro und hat lediglich die Herstellungskosten von weniger als einem Euro. Sein Gewinn beträgt also über 99 %.

Wird das Falschgeld erkannt und aus dem Verkehr gezogen, dann findet zum einen eine Geldvernichtung in Höhe des Nominalwertes statt und zum anderen erleidet der Einlieferer des Falschgeldes einen Schaden in Höhe des Nominalwertes.

2008 wurden von der Bundesbank Banknoten- und Münzfälschungen mit einem Nennwert von insgesamt 3,6 Mill. Euro aus dem Verkehr gezogen.

Das Fälschen von Zentralbank-Giralgeld ist sehr viel schwieriger als das Fälschen von Banknoten und Münzen. Es ist bisher kein Fall bekannt. Dazu müsste sich der Fälscher in den Computer der Zentralbank einhacken, ein Kontokorrentkonto eröffnen und eine Buchung zugunsten dieses Kontos vornehmen. Das könnte natürlich auch von einer Gruppe von Mitarbeitern der Zentralbank vorgenommen werden, die die entsprechenden Berechtigungen zur Kontoeröffnung und für entsprechende Buchungen haben.

2.6.5 Geldschöpfungsgewinn der Geschäftsbanken

Der Geldschöpfungsgewinn der Geschäftsbanken ist sehr schwer zu erkennen und zu verstehen. Zum einen realisieren Geschäftsbanken den Geldschöpfungsgewinn überwiegend durch Zinsen des verliehenen geschöpften Geldes. Zum anderen ist der Geldschöpfungsgewinn im Zinsrohertrag enthalten und kann nicht klar abgegrenzt werden.

Darüber hinaus können Geschäftsbanken ihren Geldschöpfungsgewinn nur dann realisieren, wenn sie über ein entsprechendes Geldterritorium verfügen. D.h. es kann durchaus vorkommen, dass die eine Bank durch einen Darlehensvertrag Geld schöpft und eine andere Bank den Geldschöpfungsgewinn realisiert, indem das geschöpfte Geld auf eines ihrer Konten überwiesen wird. Die geldschöpfende Bank muss die Überweisung mit Zentralbankgeld finanzieren, das sie sich entsprechend teuer von der Zentralbank oder anderen Banken leihen muss. Diese Zinsen entsprechen dem entgangenen Geldschöpfungsgewinn.

Geschäftsbanken *schöpfen* Geld indem sie Aktiva, wie z.B. Gold, Devisen, Wertpapiere oder Sachanlagen und Dienstleistungen kaufen und die Rechnungen mit ihrem eigenen Geschäftsbankengeld *bezahlen*. Wenn Sie die Rechnungen mit Zentralbankgeld bezahlen müssen, dann findet keine Geldschöpfung statt, sondern es findet ein Aktivatausch statt: Waren gegen Zentralbankgeld.

Der Geldschöpfungsgewinn wird in diesen Fällen *einmalig* realisiert und ist die Differenz aus dem Wert der gekauften Waren und Dienstleistungen und den Herstellungskosten des Geschäftsbankengeldes.

Geschäftsbanken *vernichten* Geld indem sie Aktiva, wie z.B. Gold, Devisen, Wertpapiere oder Sachanlagen und Dienstleistungen verkaufen und ihre Rechnungen mit ihrem Geschäftsbankengeld *bezahlt bekommen*. Wenn der Käufer mit Zentralbankgeld bezahlt, dann wird kein Geld vernichtet, sondern es findet ein Aktivatausch statt: Zentralbankgeld gegen Waren.

Der überwiegende Teil der Geldschöpfung/-vernichtung findet jedoch nicht durch den Kauf/Verkauf von Gütern und Dienstleistungen statt, sondern durch die Vergabe und Tilgung von Darlehen.

Entgegen landläufiger Meinung benötigt eine Geschäftsbank keine Kundeneinlagen, um Kredite zu finanzieren. Kredite finanziert eine Geschäftsbank – nach der derzeitigen Konstruktion des Währungssystems – durch eigene Geldschöpfung. Das bedeutet, das Geld, das eine Bank verleiht, stellt sie selbst her.

Dieser Sachverhalt kann dem Schaubild zum Darlehensvertrag entnommen werden. Da er aber oft angezweifelt wird, folgt hier der Beweis im Detail: Laut Definition der Bundesbank besteht die Geldmenge M1 aus Bargeld und Sichteinlagen von Nichtbanken bei Banken (= Guthaben auf Girokonten). Die Auszahlung eines Kredits über z.B. 10.000 Euro erfolgt mit dem Buchungssatz: Per Darlehenskonto an Girokonto 10.000 Euro. Dieser Buchungssatz ist die Geldschöpfung, weil die Geldmenge M1 um 10.000 Euro erhöht wird. Sicht- oder Termineinlagen anderer Nichtbanken werden nicht benötigt.

Die Vorstellung, dass Banken zur Refinanzierung eines Darlehens Kundeneinlagen benötigen, rührt möglicherweise vom Umgang mit Bargeld her. Bargeld, das von Kunden eingezahlt wird, kann nur bis zu dieser Höhe an andere Kunden ausgezahlt werden. Dieser Sachverhalt wird fälschlicherweise auf das Girogeld der Geschäftsbanken übertragen. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass Bargeld Zentralbankgeld und ein körperliches Aktiva ist.

Solange das geschöpfte Geld im eigenen Geldterritorium zirkuliert, d.h. von einem Konto auf ein anderes Konto innerhalb der gleichen Bank überwiesen wird, so lange kann die Bank den Geldschöpfungsgewinn realisieren. Dieser Geldschöpfungsgewinn besteht aus einem Teil der Sollzinsen für das Darlehen und bezieht sich aber auf die Einlagen, die durch die Geldschöpfung entstanden sind.

Durch Habenzinsen auf Einlagen der Nichtbanken versuchen Geschäftsbanken den Abfluss von Geld aus dem eigenen Geldterritorium zu verhindern. Geschäftsbanken teilen sich gewissermaßen den Geldschöpfungsgewinn mit Nichtbanken, damit sie den Geldschöpfungsgewinn realisieren können. Dieser indirekte Zusammenhang ist eine der Schwierigkeiten, den Geldschöpfungsgewinn im Bankensektor zu verstehen.

Nach traditioneller Abgrenzung der Geldmenge M3 beträgt der deutsche Anteil ca. 2.000 Mrd. Euro. Orientiert man sich bei der Abschätzung des Geldschöpfungsgewinns am Zinssatz der Zentralbank bzw. Interbankenzinssatz, dann könnte er mit ca. ½ - 1% angenommen werden und beträgt somit ca. 10 – 20 Mrd. Euro pro Jahr.

Geht man jedoch davon aus, dass auch die längerfristigen Einlagen und Schuldverschreibungen Ansprüche auf Geld und damit Geld sind, dann beträgt der Geldschöpfungsgewinn des Bankensektors ca. 20 – 40 Mrd. Euro pro Jahr.

Bei einer Rückübertragung der Geldschöpfung von den Geschäftsbanken auf die Zentralbank würde somit der Bankensektor den jährlichen Geldschöpfungsgewinn von ca. 10 – 40 Mrd. Euro verlieren.

Im Gegensatz zu den Geschäftsbanken könnte die Zentralbank den Geldschöpfungsgewinn zum Teil einmalig – genauso wie bei Münzen – realisieren. An dieser Möglichkeit setzt die vorgeschlagene Entschuldung des Staates an. Allein bezogen auf den deutschen Anteil der Geldmenge M3 stehen hierfür ca. 2.000 Mrd. Euro zur Verfügung.

3 Das Problem: Die Geldschöpfung des Bankensektors

"Gib mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.

— Mayer Amschel Rothschild, Begründer der Bankendynastie Rothschild

It is well enough that people of the nation do not understand our banking and monetary system, for if they did, I believe there would be a revolution before tomorrow morning.

— Henry Ford

Die Problematik der Geldschöpfung durch den Bankensektor ist in Fachkreisen bekannt.

Bereits 1935 formulierte der Geldtheoretiker Irving Fisher: Nationalisation of banking: no! – Nationalisation of money, yes!

Auch das langjährige Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank Rolf Gocht forderte 1974 in seinem Buch "Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung" die Abschaffung der privaten Geldschöpfung.

In die gleiche Richtung gehen Arbeiten aus 1998 - 2009 von Prof. Dr. Joseph Huber¹³ und der Initiative [Monetativ](#).

¹³ <http://www.soziologie.uni-halle.de/huber/publikationen.html#a2>

Die Geldschöpfung durch den Bankensektor ist unsichtbar, unbekannt und sehr schwer zu verstehen. Dies könnte der Grund sein, warum wir einerseits aus gutem Grund und ganz selbstverständlich die Geldschöpfung durch Geldfälscher verbieten, aber andererseits die viel bedeutsamere und viel gefährlichere Geldschöpfung durch Geschäftsbanken nicht einmal wahrnehmen.

3.1 Private Geldschöpfung am Limit

3.1.1 Geldmengensteuerung durch Mindestreservesoll ausgehebelt

Jedes Darlehen und jeder neu geschaffene Anspruch auf Geld ist immer auch eine Geldschöpfung. Je mehr Kredite vergeben werden, umso größer sind die Geldschöpfung und der daraus erzielbare Gewinn. Hierin liegt eine der Wurzeln für die Dynamik und die Instabilität der Finanzmärkte.

Theoretisch soll die Geldschöpfung im Bankensektor durch das sog. Mindestreservesoll und die Bargeldabhebungsquote begrenzt werden.

Die Idee des Mindestreservesolls funktioniert so ähnlich wie die Eintrittskarten im Kino. Wenn jeder, der ins Kino will, eine Eintrittskarte braucht, dann kann über den Verkauf der Eintrittskarten die Anzahl der Besucher im Kino gesteuert werden. Wird jedoch ein Automat aufgehängt, an dem man die Eintrittskarten kostenlos ziehen kann, dann könnte man sich die Eintrittskarten sparen, denn es gehen so viele ins Kino, wie wollen bzw. passen.

Die Regelung des Mindestreservesolls verlangt, dass, wenn 100 Euro Geschäftsbankengeld in den Verkehr gebracht werden, hierfür die Bank 2 Euro Zentralbankgeld hinterlegen muss. So könnte durch die Steuerung der Zentralbankgeldmenge die potentielle Geldschöpfung der Geschäftsbanken gesteuert werden.

Rein praktisch ist dies jedoch nicht der Fall, weil sich die Banken durch die Verbriefung eines Teils der von ihr gewährten Kredite Zentralbankgeld in erforderlicher Höhe von der Zentralbank leihen können, um damit die Mindestreserveverpflichtungen bzw. Barabhebungen zu finanzieren.

Beispiel: Angenommen eine Bank möchte einen oder mehrere Kredite über 100 Mill. Euro vergeben und hat *kein* Zentralbankgeld, um das hierfür fällige Mindestreservesoll in Höhe von 2 Mill. Euro (= 2% von 100 Mill.) zu erfüllen.

Wie kann die Bank dennoch den Kredit vergeben und das Mindestreservesoll erfüllen?

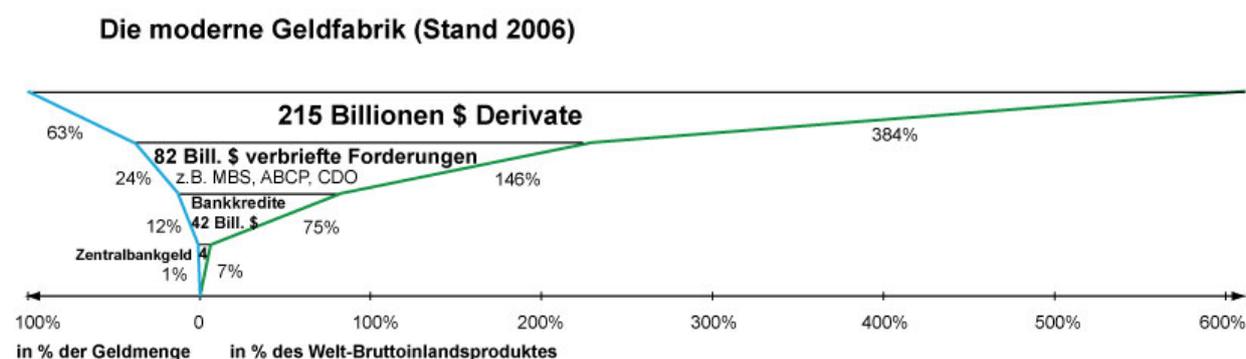
Die Bank leiht sich die erforderlichen 2 Mill. Euro im Rahmen der von der Zentralbank angebotenen Refinanzierungsmöglichkeiten zu einem Zinssatz von zur Zeit einem Prozent. Als Sicherheit tritt die Bank 2 Mill. Euro der 100 Mill. Euro Kreditforderung an die Zentralbank ab. Mit den geliehenen 2 Mill. Euro erfüllt die Bank die Mindestreserveverpflichtung und bekommt hierfür einen Einlagenzins in Höhe von zur Zeit einem Prozent. Die Aktion ist also für die Bank kostenneutral. Und genau so können die Banken mit jeder Kreditgewährung verfahren, so lange ein Teil dieser Kredite die Zulassungskriterien für Sicherheiten erfüllen. Aber das dürfte in der Praxis keine Einschränkung sein.

Die Mindestreserveverpflichtung führt also nicht zu einer Begrenzung der Geldschöpfung, sondern lediglich dazu, dass maximal 2 % der Kreditforderung für die Dauer des Kredits als Sicherheit an die Zentralbank abgetreten werden.

Dazu kommt noch, dass das meiste Geld, wie z.B. Derivate gar nicht in die Mindestreserve einbezogen werden oder wie z.B. Verbindlichkeiten mit einer vereinbarten Laufzeit von über 2 Jahren einen Reservesatz von 0% haben.

Unter der Annahme, dass die Mindestreserve die Geldmenge steuert, müsste bei dem derzeitigen Mindestreservesatz von 2% das Verhältnis von Zentralbankgeld und Geldmenge M3 1:50 sein. Tatsächlich liegt in der Eurozone das Verhältnis bei 1:12,85.¹⁴ Diese erhebliche Abweichung ist ebenfalls ein Beweis dafür, dass die Geldmenge nicht durch die Mindestreserveregelung gesteuert wird. Anschaulich gesprochen ist das so, wie wenn man im Zimmer das Thermostat auf 23° C einstellt und sich die tatsächliche Temperatur bei ca. 6° C einpendelt. Selbst bei großzügiger Auslegung würde man hier kaum von Temperaturregelung sprechen.

Die Zentralbanken haben sich de facto die Kontrolle über die Geldschöpfung aus der Hand nehmen lassen. Dieser Sachverhalt wird besonders deutlich, wenn man sich die Mengenverhältnisse von Zentralbankgeld bis Derivate weltweit ansieht:



3.1.2 Wer Sicherheiten hat, bekommt Geld

Die Sicherheiten, die die Darlehensnehmer den Banken stellen können, sind neben den Eigenkapitalvorschriften (Basel II) die begrenzenden Faktoren der Geldschöpfung. Wer Sicherheiten hat, bekommt Kredite und damit Geld.

Und genau hierin liegt der Keim für Finanzblasen. Finanzblasen sind im Bereich von Giralgeld vergleichbar mit dem, was passieren würde, wenn Falschgeld nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden würde. Der Umlauf von gefälschten Münzen und Banknoten würde sich explosionsartig vermehren bis das System zusammenbricht.

Beim Fälschen von Bargeld müssen *technischen Hürden und die Strafverfolgung* überwunden werden; Beim Giralgeld sind es die *Sicherheiten* der Nichtbanken, die die Geldschöpfung begrenzen und überwunden werden müssen.

Die derzeitige Finanzkrise ist hierfür ein Beispiel. Sie wurde durch eine Spekulationsblase im Immobiliensektor der USA ausgelöst.

3.2 Spekulationsblasen sind die Folge unkontrollierter privater Geldschöpfung

3.2.1 Spekulationsblasen sind die Ursache für Finanzkrisen

Zu einem bestimmten Zeitpunkt wird am Immobilienmarkt immer nur ein sehr kleiner Teil der vorhandenen Immobilien zum Kauf angeboten. Dazu kommen noch die Neu-

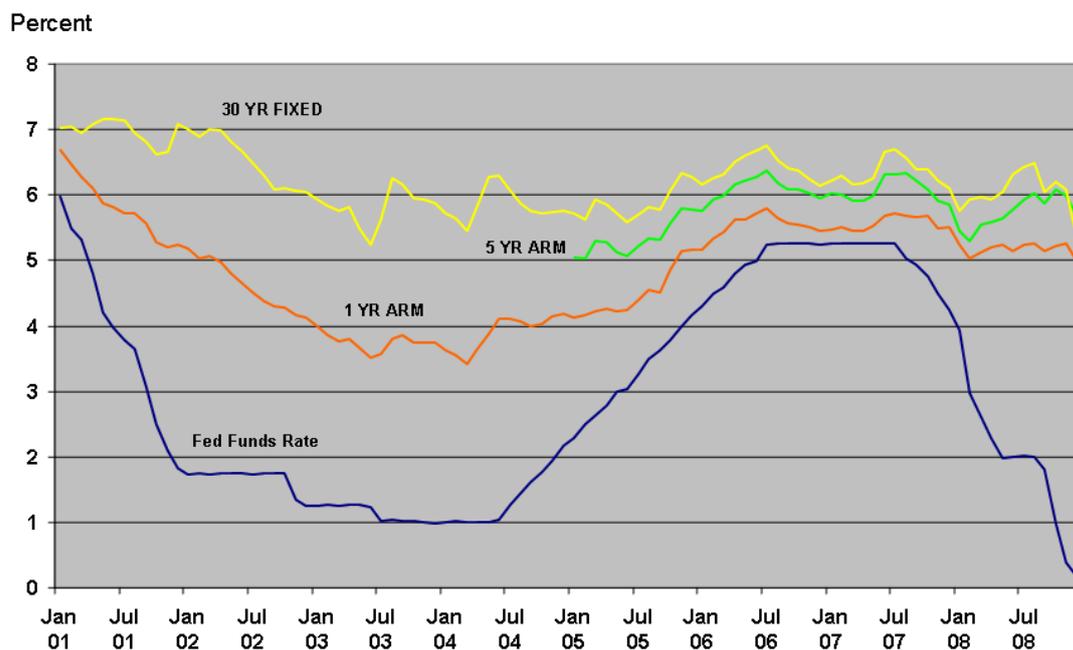
¹⁴ Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Giralgeldsch%C3%B6pfung>

bauten. Die Preise, die dabei erzielt werden, bestimmen ganz wesentlich den *Marktwert* des Immobilienvermögens insgesamt und damit den Wert der Sicherheiten, den Immobilien im Rahmen eines Darlehensvertrages stellen können.

Wenn es gelingt, für diesen kleinen Teil der gehandelten bzw. neu gebauten Immobilien die Preise nach oben zu treiben, dann steigt für alle Immobilien der Wert und damit der Umfang verfügbarer Sicherheiten.

Anstoß für steigende Immobilienpreise in den USA war eine durchaus ehrenwerte Absicht: Um die Rezession zu überwinden und mehr Amerikanern den Traum vom Eigenheim zu ermöglichen, wurde durch Maßnahmen der US Zentralbank die angestrebte Verzinsung für Staatsanleihen (Intended federal funds rate)¹⁵ stetig gesenkt. Dadurch wurden erhebliche Finanzströme in den Immobilienmarkt umgelenkt und suchten dort nach Anlagemöglichkeiten. Dazu kamen riesige Kapitalimporte aus dem Handelsdefizit dieser Zeit, die ebenfalls nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchten. Die Zinsen für Immobilienkredite sanken erheblich und Geld war im Überfluss vorhanden.

Fed Funds Rate & Mortgage Rates 2001 - 2008



Source Data: U.S. Federal Reserve, Freddie Mac

Viele Amerikaner stellten fest, dass die Miete, die sie zahlten, auch zur Finanzierung eines Eigenheims reichen würde.

Die Folge war eine erheblich gestiegene Nachfrage nach Immobilien, die weder von der Bauindustrie noch aus dem Immobilienbestand gedeckt werden konnte. Dies führte zu bis dahin unbekanntem und ungeahnten Preissteigerungen.

Die Preisentwicklung lag im langfristigen Trend etwas über der Inflationsrate und vor der Finanzkrise zwischen 1990 und 2000 ungefähr in Höhe der Inflationsrate. In der Zeit, in der die Spekulationsblase aufgebaut wurde, stieg der Durchschnittspreis von ca.

¹⁵ <http://www.federalreserve.gov/fomc/fundsrate.htm>

130.000 \$ im Jahre 2000 auf durchschnittlich 250.000 \$ im Jahre 2006. Die jährliche Preissteigerung lag somit im Durchschnitt bei über 11% mit erheblichen regionalen und zeitlichen Abweichungen.

In dieser Phase der Entwicklung schienen weder die Finanzierung noch der Kauf von Immobilien ein ernsthaftes Risiko darzustellen: Im schlimmsten Fall verkauft man die Immobilie und macht dabei noch einen ordentlichen Gewinn. Das war die Zeit, in der mit Immobilienhandel Millionenvermögen gemacht wurden. Wurden vor dieser Zeit Eigenheime primär gekauft, um darin zu wohnen, so wurden sie in der Boomphase in erheblichem Umfang gekauft und verkauft, um zu spekulieren.

Diese Entwicklung ermöglichte einen immer höheren Grad an Fremdfinanzierung. Das Gewinn- und Risikopotential im Verhältnis zu Eigenkapital stieg entsprechend. Diese sich verstärkende Hebelwirkung gab der gesamten Entwicklung zusätzlich Auftrieb und führte immer mehr zu einem instabilen Gesamtsystem.

In nur sechs Jahren stieg in den USA der Marktwert des Immobilienvermögens der privaten Haushalte von 11.479 Mrd. \$¹⁶ auf 21.882 Mrd. \$¹⁷.

Da diese nominale Wertsteigerung in erster Linie durch spekulationsbedingte Preissteigerungen verursacht wurde, wurden auf diese Weise zusätzliche Sicherheiten in der Größenordnung von 10.000 Mrd. \$ geschaffen.

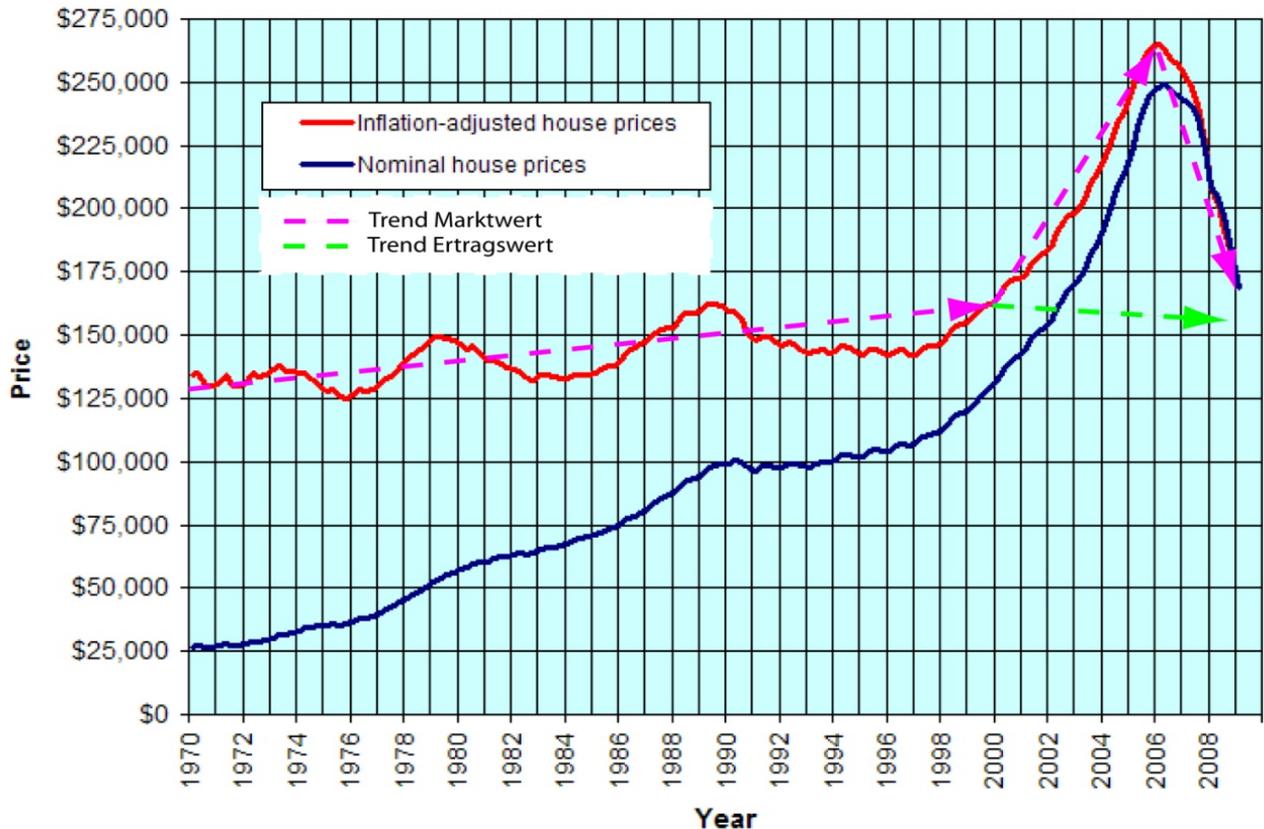
Diese scheinbare Wertsteigerung in Verbindung mit dem Auseinanderfallen von Marktwert und Ertragswert ist die Spekulationsblase.

10.000 Mrd. \$ entspricht fast dem dreifachen deutschen Bruttosozialprodukt, ungefähr 70 % des Bruttosozialprodukts der USA und ungefähr 1/6 des weltweiten Bruttosozialprodukts von 2008.

¹⁶ <http://www.federalreserve.gov/releases/z1/20021205/z1.pdf> Tabelle B.100

¹⁷ <http://www.federalreserve.gov/releases/z1/Current/z1.pdf> Tabelle B.100

United States House Prices



[p://housingbubble.jpavons.net](http://housingbubble.jpavons.net)

3.2.2 Wer Sicherheiten vorgaukeln kann, bekommt noch mehr Geld

Die beschriebene Preisentwicklung kann durch die bisher aufgeführten Ursachen nicht im festgestellten Umfang erklärt werden.

Dazu mussten ganz neue Käuferschichten dem Immobilienmarkt zugeführt und zusätzliche Hebel angesetzt werden.

Durch äußerst unsolide Finanzierungsmodelle und Vertriebsmethoden wurden Familien zum Kauf von Eigenheimen überredet, die sich nicht wirklich ein Haus leisten konnten. Es wurden Häuser finanziert ohne Eigenkapital, ohne Tilgung und ohne die Kreditwürdigkeit des Käufers zu prüfen. Dazu kamen noch Lockzinsangebote mit subventionierten Zinsen von 1,5-2% in den ersten Jahren. Durch variable Zinsen wurden ganze Bevölkerungsschichten mit Risiken belastet, die sie offensichtlich nicht tragen konnten.

Auf den ersten Blick fragt man sich: „Was veranlasst Banken, so etwas zu tun?“ Ein Herz für die Armen, Wettbewerbsdruck, Nach-mir-die-Sintflut-Arbeitsteilung oder gar eine durchdachte Strategie?

Diese hochriskanten Darlehen wurden gebündelt, verbrieft und die Risiken kaschiert. Die dabei entstandenen Wertpapiere (CDOs, MBSs, ...) wurden mit sehr hohen Provisionen weltweit verkauft. Weder der Kreditvermittler, noch der ursprüngliche Geldgeber hatten am Ende das Risiko. Sie verdienten ihre Provisionen dadurch, dass sie faule Kredite in mathematische Goldfolie einpackten, um sie wie Goldbarren erscheinen zu lassen.

Das Risiko-Ertrags-Verhältnis schien sehr attraktiv, aber es funktionierte nur, solange die Immobilienpreise überproportional stiegen. Damit die Immobilienpreise weiterhin

überproportional steigen konnten, wurden dringend neue Käuferschichten gebraucht, ansonsten wäre die Konstruktion in sich zusammengefallen.

Die Vielfalt und Komplexität der Wertpapiere legt eine durchdachte Strategie nahe, die im Kern einen Perspektivwechsel in der Beurteilung von Risiko und Ertrag herbeiführte.

Allein die Mathematik hinter der Risikobewertung ist so komplex, dass sie nur von sehr wenigen Anlegern verstanden wurde.¹⁸

Dieser Perspektivwechsel hat viel gemeinsam mit der Risikobeurteilung von Lottospielern. Bei nüchterner Betrachtung liegt die Durchschnittsrendite beim Lotto spielen bei - 50%, d.h. von jedem eingesetzten Euro *verliert* man im Durchschnitt 50 Cent. Die Wahrscheinlichkeit auf 6 Richtige mit Zusatzzahl liegt bei 1:139.838.160 und die Wahrscheinlichkeit leer auszugehen bei 98%. Bei rationalem Verstand würde man also kein Lotto spielen – es sei denn, man wechselt die Perspektive. Auf die Frage: „Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass pro Woche ein Hauptgewinn gezogen wird?“, lautet die Antwort: fast 100%. Und was spricht dagegen, dass nicht auch ich der Gewinner sein könnte? – Nichts. Die nächste Frage lautet dann nur noch: „Wo ist mein Lottoschein?“ Durch diesen Perspektivwechsel sieht die Frage, ob man Lotto spielen soll, ganz anders aus.

Bei sachlicher Betrachtung hätte man bei diesen zweit- und drittklassigen Hypotheken sagen müssen, dass sie zu einem großen Teil nicht nur ein erhebliches Risiko für den Darlehensgeber darstellten, sondern auch geeignet waren, den Darlehensnehmer finanziell zu ruinieren.

Der Perspektivwechsel in der Ertrags-/Risikobeurteilung wurde durch die Bündelung und einer fiktiven Aufteilung des Bündels in Risiko-/Ertragsklassen herbeigeführt. In einem Bündel waren nicht nur ein paar, sondern z.T. tausende über das Land verstreute Immobiliendarlehen zusammengefasst. Die Gewinnausschüttung erfolgte wasserfallartig von der besten zur schlechtesten Klasse. Und wenn nicht genug Gewinne erzielt wurden, dann gingen die unteren Klassen entsprechend leer aus.

Im Gegenzug erhielt die Gruppe mit dem höchsten Risiko die höchste Verzinsung.

Um die Risiken der besten Gruppe noch weiter zu begrenzen und die höchste Bewertung (AAA = sicher) zu erzielen, wurden Kreditausfallversicherungen abgeschlossen, d.h. entweder der Kreditnehmer bezahlt, oder die Versicherung. Das ist zunächst eine vernünftige Idee. Diese sog. Credit Default Swaps (CDS) konnten aber auch von Leuten erworben werden, die mit dem Kredit gar nichts zu tun hatten, sondern einfach nur spekulieren wollten. Das ist ungefähr so, wie wenn man auf die in der Nachbarschaft bekannten Raser eine Unfall-Lebensversicherung abschließt und darauf wartet, dass sie gegen einen Baum fahren. Die ursprüngliche Versicherungsidee wurde pervertiert: Anstatt die finanziellen Auswirkungen eines Schadens für die Betroffenen zu begrenzen, wollte man am Schaden anderer kräftig verdienen.

Das Volumen dieser Kreditausfallversicherungen wuchs in der Zeit von 1998 bis 2008 um das 100-Fache und erreichte ein Volumen von 33.000 Mrd. bis 47.000 Mrd. \$.¹⁹ Zu der Spekulationsblase am Immobilienmarkt kam also noch eine viel größere Spekulationsblase auf dem Markt der sog. Derivate. Je stärker die Spekulationsblase am Immobilienmarkt aufgeblasen wurde, desto sicherer wurde die Wette, dass diese Spekulations-

¹⁸ <http://www.opentradingssystem.com/quantNotes/main.html>

¹⁹ http://en.wikipedia.org/wiki/Financial_crisis_of_2007%E2%80%932009

blase platzt. Warren Buffett bezeichnete bereits im März 2003 Derivate als Zeitbomben und finanzielle Massenvernichtungsmittel.²⁰

Die ursprüngliche Feststellung: „Wer Sicherheiten hat, bekommt Geld.“ wurde in dieser Zeit ausgehebelt. Seither gilt: „Wer Sicherheiten vorgaukeln kann, bekommt noch mehr Geld.“ Damit wurde die Hauptschwierigkeit bei der Schöpfung von Giralgeld beseitigt.

3.2.3 Wertsteigerungen auszahlen

Die Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt wirkten sich aus wie vom Himmel gefallene Tilgungen. Selbst wenn ein Haus beim Kauf 120.000 \$ kostete, zu 100% fremdfinanziert und nur die Zinsen bezahlt wurden, sank der Anteil mit jeder Preis- und damit Wertsteigerung stetig. Wenn nach z.B. nur zwei Jahren dieses Haus nicht mehr 120.000 \$, sondern 150.000 \$ Wert war, schien dieses nicht mehr zu 100%, sondern nur noch zu 80% belastet zu sein. Eine Situation, mit der sowohl die Banken, als auch die Käufer sehr gut leben konnten.

Es gab sogar Fälle, in denen nur ein Teil oder keine Zinsen gezahlt wurden. Die ausstehenden Zinsen wurden dem Darlehen zugeschlagen. Im angeführten Beispiel betrug nach 2 Jahren und 4 % Zinsen die Darlehensschuld nicht 120.000 \$, sondern ca. 130.000 \$ und die Belastung 87%. Ein eigenes Haus ohne Kosten, das Jahr für Jahr 10.000 \$ Ertrag bringt. – Was will man mehr?

Mehr noch, die Banken animierten ihre Kunden, die durch die Preissteigerung geschaffenen Wertsteigerungen als Sicherheiten für Kredite des privaten Konsums heranzuziehen. Auch bei der Refinanzierung der Darlehen wurde nicht die ursprüngliche Summe refinanziert, sondern gleich ein neues Auto, eine neue Wohnungseinrichtung, etc. mitfinanziert.

Die Wertsteigerung wurde ausbezahlt und verbraucht. Die Verschuldung der privaten Haushalte gemessen am Bruttoinlandsprodukt stieg erheblich.

Die Wertsteigerungen und Renditemöglichkeiten waren in dieser Zeit so gewaltig, dass andere Investitionen, die nicht im Sog dieses Immobilienbooms waren, uninteressant wurden. Statt Zukunftsinvestition zu finanzieren, wurde in großem Stil am Immobilienmarkt gezockt.

3.2.4 Der Zusammenbruch

Überproportional steigende Immobilienpreise führen früher oder später zu einer sinkenden Nachfrage. Darüber hinaus verschlechtern sie den Ertragswert einer Immobilie. Der Ertragswert ist das Verhältnis von Mietertrag zu den Anschaffungskosten einer Immobilie. Der Ertragswert ist aus der Sicht der Kapitalanlage der entscheidende Wert. Wenn er sich verschlechtert, dann wirkt er sich ebenfalls dämpfend auf die Nachfrage aus.

Gestiegene Hypothekenzinsen und steigende Arbeitslosigkeit brachten dann Ende 2006 die Wende. Möglicherweise hatte auch nur eine genügend große Zahl an Spekulanten den Eindruck, dass der Höhepunkt erreicht ist, und jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die potentiellen Spekulationsgewinne zu realisieren.

Wer vor dieser Wende seine zum Zwecke der Spekulation gekauften Immobilien verkauft hatte, der hat das Geschäft seines Lebens gemacht. Er konnte seinen Anteil am Geldschöpfungsgewinn realisieren.

²⁰ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/2817995.stm>

Der Abschwung war noch gewaltiger als der Aufschwung; allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Immobilienpreise verfielen und mit ihnen die Sicherheiten. Kredite wurden daraufhin nicht verlängert und zwangen immer mehr Hauseigentümer unter erheblichen Verlusten zum Verkauf.

Die Freude am Eigenheim war nur von kurzer Dauer. Am Ende blieben Schulden und für immer ruinierte finanzielle Verhältnisse und eine aus dem Tritt gekommene Weltwirtschaft.

Der Verfall der Immobilienpreise zog die darauf aufbauenden Finanzmarktprodukte mit sich. Beispielsweise fielen zwischen 2006 und 2008 die Indizes für die Wertentwicklung hypothekenbasierter Wertpapiere ABX BBB von 100 auf 5²¹. Der kaskadenartige Verfall von Vermögenswerten war in Wirklichkeit das Platzen mehrerer Spekulationsblasen.

Und last, but not least: Die Credit Default Swap-Spekulanten hatten sich nicht geirrt. Für sie war Zahltag. Ihr Pech war jedoch, dass das Versicherungsvolumen so hoch war, dass Versicherer pleitegingen oder nur mit erheblichen Steuermitteln gerettet werden konnten. Der US-Versicherer AIG erhielt Rettungsgelder von 175 Mrd. \$. Davon sollen z.B. über 6 Mrd. an die Deutsche Bank geflossen sein.²²

Am 2. März 2009 verkündete AIG für die letzten 3 Quartale 2008 den größten Verlust in der Firmengeschichte in Höhe von 61,7 Mrd. \$ an.

Am 17. März 2009 wurde berichtet, dass AIG 1,2 Mrd. \$ Bonuszahlungen an seine Angestellten ausbezahlt hat. Allein die Top 10 erhielten Zahlungen in Höhe von 42 Mill. \$. Sie kamen aus der Financial-Products Abteilung, die allein einen Verlust in Höhe von 40,5 Mrd. \$ erwirtschaftete.²³

Die Credit Default Swaps sind ein bedingter Anspruch auf Geld und damit eine bedingte Geldschöpfung. Hätten die CDS-Spekulanten ihre Ansprüche realisieren können, dann wäre es zu einer erheblichen Umverteilung des Vermögens der privaten Haushalte gekommen.

4 Die Reform: Ursachen und nicht Symptome bekämpfen

Im politischen Bereich hat die Finanzkrise mit dem Zauberwort „systemrelevant“ die bisher größte Unterstützungs- und Subventionsaktion ausgelöst. Dabei wurde weder im Detail begründet, dass die betroffenen Banken tatsächlich systemrelevant sind, noch wurde erklärt, warum nicht selbst systemrelevante Banken ersetzt werden können.

Die Finanzkrise hat unter Fachleuten die Diskussion entfacht, wie in Zukunft der Supergau auf den Finanzmärkten verhindert werden kann. Von vertrauensbildenden Maßnahmen, besseren und zusätzlichen Kontrollen und mehr Transparenz für innovative Finanzprodukte ist die Rede.

Geld ist Energie. Wenn man bei der Stromerzeugung auf die Risiken eines Supergaus verzichten will, dann muss man die Atomkraftwerke abschalten. Spekulationsblasen sind die Reaktoren, in denen Geld in unvorstellbaren Mengen und in einer explosionsartigen Geschwindigkeit erbrütet wird. Um sie abzuschalten muss die Geldschöpfung des Bankensektors abgeschaltet werden.

²¹ http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/ga08_iii.pdf Schaubild 40

²² <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/deutsche-bank-erhielt-aig-rettungsgelder;2194262>

²³ <http://emac.blogs.foxbusiness.com/2009/03/17/american-inconscionable-group/>

Nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch die Geldschöpfung muss nachhaltig und umweltfreundlich sein.

Im Folgenden werden die hierfür notwendigen Reformen des Währungssystems skizziert. Zur Übertragung der Geldschöpfung vom Bankensektor auf die Zentralbank gibt es verschiedene Optionen. Der angesprochene Gewinn wäre bei jeder Option auch heute in voller Höhe realisierbar und könnte die Staatsverschuldung beseitigen. Darüber hinaus würde eine Umstellung zu einem stabileren Währungs- und Wirtschaftssystem führen.

4.1 Gleiches Recht für alle

Eine zentrale Aussage dieser Analyse ist: Ein Anspruch auf Geld ist Geld und wer Ansprüche auf Geld in den Verkehr bringt, schöpft Geld. Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, wie der Nachweis der Forderungen im Einzelnen aussieht. Geldschöpfung bleibt Geldschöpfung.

Geldschöpfung ist nach § 146 des Strafgesetzbuches dem Staat vorbehalten:

(1) Mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr wird bestraft, wer

1. Geld in der Absicht nachmacht, dass es als echt in Verkehr gebracht oder dass ein solches Inverkehrbringen ermöglicht werde, oder Geld in dieser Absicht so verfälscht, dass der Anschein eines höheren Wertes hervorgerufen wird,
2. falsches Geld in dieser Absicht sich verschafft oder feilhält oder
3. falsches Geld, das er unter den Voraussetzungen der Nummern 1 oder 2 nachgemacht, verfälscht oder sich verschafft hat, als echt in Verkehr bringt.

(2) Handelt der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung einer Geldfälschung verbunden hat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren.

Geht man davon aus, dass Fachleute an diesem Gesetz mitgewirkt haben, dann kann man davon ausgehen, dass in diesem Paragraphen bewusst von *Geld* und nicht von *Münzen* und *Banknoten* die Rede ist. Alles andere wäre – wie eingangs ausgeführt – auch nicht gerechtfertigt.

Es ist daher nicht gerechtfertigt, dass man einerseits das Fälschen von Münzen und Banknoten strafrechtlich verfolgt und andererseits die Geldschöpfung im Bankensektor ungeahndet lässt.

1. Münzen prägen und in den Verkehr bringen,
2. Banknoten drucken und in den Verkehr bringen oder
3. Buchgeld schöpfen
4. Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere emittieren

ist alles der gleiche Sachverhalt: Es wird Geld in Verkehr gebracht. Nicht der Nachweis, sondern das nachgewiesene Recht ist Geld und das, worauf es ankommt. Der entscheidende Punkt ist, dass der Geldschöpfungsgewinn bei Geld, das nicht durch die Zentralbank in den Verkehr gebracht wird, privat vereinnahmt wird.

Die hunderte von Milliarden an Bürgschaften und Unterstützung für den Bankensektor sind, um im Bilde zu bleiben, so als ob man den Fälschern von Banknoten die Blüten gegen echte Banknoten eintauscht, damit ihr „Schaden“ nicht so groß ist. Darüber hin-

aus erklärt man den Bürgern, dass dies absolut notwendig sei, weil diese Banken systemrelevant wären. Banken, die überwiegend ihre Geschäftstätigkeit im Aufspüren und Aufbau von Spekulationsblasen sehen, sind in einer sozialen Marktwirtschaft nicht systemrelevant. Das Gegenteil ist der Fall: Sie zerstören die soziale Marktwirtschaft und die Lebensgrundlage vieler Menschen vorsätzlich.

4.2 Nur die Zentralbank darf Geld schöpfen

Am Beginn der Entwicklung des Kreditgeldes waren es die Staatsbanken, die maßlos Banknoten druckten und Hyperinflationen und Wirtschaftskrisen auslösten. Heute sind es Geschäftsbanken, die durch ihre autonome Giralgeldschöpfung Finanzkrisen auslösen.

Die Lehre aus der zügellosen Geldschöpfung in der Weimarer Republik und die daraus resultierende Hyperinflation war eine unabhängige Zentralbank.

Diese Unabhängigkeit wurde durch das Aufkommen von Giralgeld für Jedermann fast vollkommen ausgehöhlt. Es wird Zeit, dass die Zentralbanken die Kontrolle über die gesamte Geldschöpfung zurück erhalten. Wenn jede Geldschöpfung durch eine entsprechende Menge Zentralbankgeld hinterlegt werden müsste, dann würde jede indirekte Geldschöpfung zusätzlich mit Zinsen belastet werden. Der derzeitige Hebelmechanismus zur Gewinnsteigerung durch eine kaskadierende Geldschöpfung würde ausgeschaltet werden und damit ein wesentlicher Faktor für die Instabilität der Finanzmärkte.

Die sog. innovativen Finanzprodukte sind Ansprüche auf Ansprüche ... auf Ansprüche auf Geld. Sie würden in einem System mit 100%-Zentralbankgeld erst gar nicht entstehen, weil entweder das Zentralbankgeld fehlt, oder der Ertrag des ursprünglichen Anspruchs mit jeder Kaskade erheblich geschmälert wird.

Es gibt keinen guten Grund, warum die gesamte Geldschöpfung nicht durch die Zentralbanken erfolgen sollte. Die derzeitige Finanzkrise und der daraus resultierende verheerende Schaden lassen diesen Schritt überfällig erscheinen.

Nach einer Studie der Commerzbank beträgt der weltweite Schaden der Finanz- und Wirtschaftskrise bis Ende 2009 ca. 10.500 Mrd. \$.²⁴ – Eine Größenordnung, die an den materiellen Schaden des 2. Weltkrieges heranreicht.

Abgesehen davon, ist es richtig, dass ein Teil unserer Gesellschaft seine Schulden mit selbst hergestelltem Geld bezahlt, während der andere Teil hierfür hart arbeiten muss? Die Dominanz des Bankensektors innerhalb der Wirtschaft ist hierauf zurückzuführen.

Es ist daher kein Wunder, dass im Bankensektor Gewinne gemacht werden und Gehälter gezahlt werden, von denen der reale Wirtschaftssektor nur träumt.

Herr Ackermann fordert auch nach der Finanzkrise eine 25%ige Kapitalverzinsung. Eine solche Verzinsung kann man durch ehrliche Arbeit nicht verdienen, sondern nur, wenn man die Geldschöpfung forciert und den Geldschöpfungsgewinn realisiert.

Um Missverständnisse zu vermeiden sei betont, dass hier ausschließlich für die Wiederherstellung des Geldschöpfungsmonopols des Staates plädiert wird und nicht für eine Verstaatlichung des Bankensektors.

²⁴ <http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/finanzkrise-kostet-ueber-10-billionen-dollar;2450612>

4.3 Welche konkreten Schritte sind für eine Umstellung erforderlich?

4.3.1 Minimale Reform

In einem Währungssystem mit Kreditgeld ist die Geldschöpfung systembedingt an die Kreditvergabe gekoppelt. Jeder Kredit einer Bank an eine Nichtbank ist Geldschöpfung. Nur durch entsprechende Maßnahmen der Zentralbank könnte die Geldschöpfung der Geschäftsbanken unterbunden und an die Zentralbank übertragen werden. Dazu wären folgende Schritte erforderlich:

1. Die Mindestreserve müsste auf 100% angehoben und die Mindestreservebasis entsprechend angepasst werden.
2. Die Mindestreserve dürfte nicht verzinst werden.

Ein Problem bei der Umstellung ist die Handhabung von Schuldverschreibungen und Termineinlagen der Nichtbanken bei Banken. Würden Schuldverschreibungen und Termineinlagen nicht zur Geldmenge zählen, dann könnten in einem Echtzeitzahlungssystem restriktive Einschränkungen und Belastungen auf Sichteinlagen einfach umgangen werden: Am Ende des Tages transferiert man die Sichteinlagen in Schuldverschreibungen und Termineinlagen und terminiert sie so, wie sie für die Überweisungen benötigt werden. Deshalb zählen Schuldverschreibungen und Termineinlagen mit einer Laufzeit bis 2 Jahren und Termineinlagen mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zur Geldmenge.

Diese zeitlichen Grenzen der Geldmengendefinition sind jedoch willkürlich. Gesucht wird eine Lösung, die alle Ansprüche auf Geld – egal ob verbrieft oder nicht verbrieft, ob jederzeit verfügbar oder nicht – einheitlich und konsistent handhabt.

4.3.2 Geldbilanz: Generalüberholung des Währungssystems

4.3.2.1 Reform des Währungssystems

Eine Übertragung der Geldschöpfung auf die Zentralbank bietet die Chancen, das Währungssystem zu reformieren.

Die heutigen Währungssysteme tragen das Erbe aus einer Zeit in sich, in der es noch keine Computer gab. Dadurch ergeben sich aus heutiger Sicht systembedingte Nachteile, die mit beseitigt werden könnten. Darüber hinaus könnte ein erheblicher Zusatznutzen geschaffen werden.

Anstelle der Steuerung der Geldschöpfung über die Mindestreserve könnten alle Geldkonten bei der Zentralbank geführt werden. Die Geldschöpfung würde dann automatisch und ausschließlich bei der Zentralbank erfolgen. Rein technisch wäre das kein Problem, weil bereits heute der Interbankenzahlungsverkehr über die Zentralbank dreimal so hoch ist, wie der Zahlungsverkehr unter Nichtbanken. Der gesamte Zahlungsverkehr könnte wie bisher auf dem gleichen Rechnernetz laufen, der aus den Computern der Zentralbanken und Geschäftsbanken besteht. Wenn man darüber hinaus die Chance der Reform nutzt, dann könnte ein Gesamtsystem erstellt werden, das im Vergleich zum derzeitigen System erheblich einfacher und leistungsfähiger ist.

Der Zugriff auf die Konten könnte genauso wie beim Online-Banking erfolgen. Die Daten eines Kontos sehen der Kontoinhaber und die jeweilige Bank, der das Konto über die Bankleitzahl zugeordnet ist.

Diese Geldkonten könnten in einer eigenen Geldbilanz zusammengefasst werden, die getrennt von den Konten des Geschäftsbetriebs der Zentralbanken geführt werden. Diese Geldbilanz wäre das Geldvermögensregister und das Zahlungssystem eines Währungssystems.

Die Geldbilanz gibt der Zentralbank die volle und unmittelbare Kontrolle über die Geldschöpfung und damit die Kontrolle über die Geldmenge. Was mit dem Geld gemacht wird, ist einzig und allein Sache der jeweiligen Eigentümer.

Die unten stehende Abbildung ist ein vereinfachter Vorschlag wie eine solche Geldbilanz aufgebaut sein könnte.

Geldbilanz	
Finanzielle Vermögenswerte	Finanzielle Verbindlichkeiten
<p>Darlehen</p> <p>Termineinlagen</p> <p>Bargeld</p> <p>Schuldverschreibungen</p> <p>Fondsanteile</p> <p>Derivate</p>	<p>Geldschöpfung</p> <hr/> <p>Girokonten</p>

Zu beachten ist, dass alle Geldkonten des Währungssystems aufgeführt werden und zwar unabhängig davon, ob die Zentralbanken als Gläubiger oder Schuldner auftreten. Die Geldbilanz muss deshalb außerhalb der Bilanz der Zentralbank geführt werden, weil sie auch Konten und Kontobewegungen enthält, die nichts mit der Zentralbank zu tun haben.

Nähere Details mit Buchungsbeispielen befinden sich in der dazugehörigen Excel-Tabelle Geldbilanz, die als Anlage beigefügt ist.

Geld hat grundsätzlich eine Forderungs- und Verbindlichkeitsseite, aber in seiner Ausprägung und Wahrnehmung tritt es als Aktiva (Münzen, Banknoten, Schuldverschreibungen) bzw. Passiva (Girokonten) in Erscheinung.

4.3.2.2 Die Aktiva der Geldbilanz: Finanzielle Vermögenswerte

Die Konten der Aktiva-Seite der Geldbilanz zeigen Geld als gebuchte oder verbrieftete Forderungen in den verschiedensten Ausprägungen.

Darlehen und Termineinlagen sind gebuchte Forderungen. Termineinlagen sind Darlehen an Banken. In den Bilanzen der Banken und Unternehmen würden Darlehen und Einlagen jedoch auf verschiedenen Seiten stehen. In Bankenbilanzen stehen die Darlehen an Kunden auf der Seite der Aktiva; die Einlagen der Kunden auf der Seite der Passiva. In den Bilanzen der Kunden ist es genau umgekehrt, weil die Forderungen der Gläubiger die Verbindlichkeiten der Schuldner sind.

Die verbrieften Forderungen beginnen beim Bargeld. Danach folgen die Schuldverschreibungen, die zu einem bestimmten Termin fällig werden.

Ob alle Fondsanteile oder nur die solcher Fonds, die auf der Aktivseite der Bilanz überwiegend Ansprüche auf Geld haben, könnte mit guten Gründen kontrovers diskutiert werden. Geldmarktfonds ja, Immobilienfonds nein wäre eine durchaus vertretbare Position. Aus pragmatischen Gründen und um Fonds in den Griff zu bekommen wäre es aber zweckmäßig alle Fonds in die Geldbilanz aufzunehmen.

Derivate sind bedingte Ansprüche auf Geld und gehören deshalb in die Geldbilanz. Durch die Aufnahme von Derivaten in die Geldbilanz könnte man sie effektiv in den Griff bekommen.

Analog zur Gewährung von Darlehen durch die Zentralbank könnte die Ausgabe von Schuldverschreibungen, Fondsanteilen und Derivaten über den Zins- und die Menge gesteuert werden. Die Zinsen, die in Form eines Abschlags auf den Nominalwert erhoben werden, geben das Recht Schuldverschreibungen, Fondsanteile und Derivate auszugeben. Diese Zinsen entsprechen dem Barwert des Geldschöpfungsgewinns, der so an die Zentralbank abgeführt wird. Erst durch diese Maßnahmen erhält die Zentralbank die volle Souveränität über die Geldschöpfung zurück.

Durch diese Vorgehensweise werden zunächst alle Formen der Geldschöpfung mit einem einheitlichen Geldschöpfungszinssatz belastet, der den Geldschöpfungsgewinn zugunsten der Zentralbanken realisiert.

Angenommen der Hauptrefinanzierungszinssatz der Geschäftsbanken bei der Zentralbank wäre 1% pro Jahr, dann wäre dieser Zinssatz gleichzeitig der Referenzzinssatz für die Realisierung des Geldschöpfungsgewinns. Bei Darlehen der Zentralbank an die Geschäftsbanken sind diese Zinsen der realisierte Geldschöpfungsgewinn. Bei Termineinlagen der Nichtbanken bei Banken wurde der Geldschöpfungsgewinn bereits realisiert und deshalb stehen den jeweiligen Geldgebern die Habenzinsen ohne Abzug zu. Bei Darlehen der Banken an Banken oder Nichtbanken fließt der Geldschöpfungsgewinn indirekt über die Refinanzierung dem jeweiligen Geldgeber zu. Das könnte die Bank über das Eigenkapital, eine andere Bank einschließlich der Zentralbank oder eine Nichtbank sein. Da die Geschäftsbanken kein Geld mehr schöpfen könnten, müssten alle Kredite entweder durch Eigenkapital gedeckt oder refinanziert werden.

Auch eine Geldschöpfung der Banken durch den Ankauf von Aktiva von Nichtbanken wäre nicht mehr möglich, weil sowohl Banken wie Nicht-Banken ihre Schulden mit Zentralbankgeld begleichen müssten.

Da Bargeld von der Zentralbank gekauft bzw. geliehen werden muss, fließt auch hier der Geldschöpfungsgewinn an die Zentralbank.

Neu im System wäre die Abschöpfung des Geldschöpfungsgewinns bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen, Fondsanteilen und Derivaten. Wenn beispielsweise eine Schuldverschreibung über 1 Mill. Euro für 3 Jahre emittiert werden soll, dann müsste der Emittent den Barwert des Geldschöpfungsgewinns ($= 9.900,00 \text{ €} + 9.801,00 \text{ €} + 9.702,99 \text{ €}$) an die Zentralbank zahlen, damit er die Schuldverschreibung ausgeben darf. Bei diesem Beispiel wird ein Geldschöpfungszinssatz von 1% unterstellt.

Bei Fondsanteilen müsste der Geldschöpfungsgewinn jährlich von der Kapitalanlagegesellschaft an die Zentralbank abgeführt werden.

Darüber hinaus könnte man Derivate, die reine Spekulationsgeschäfte darstellen, mit einem deutlich höheren Zins belasten, um die derzeitigen Risiken für die Volkswirtschaft wirksam zu begrenzen oder gegebenenfalls zu unterbinden.

Die Bildung von Fonds- und Derivatketten, die für den Aufbau von Finanzblasen eine entscheidende Rolle spielen, würden erheblich erschwert werden, weil jede Indirektion zusätzlich Zinsen kosten. Daraus folgt: Je komplexer das Finanzprodukt, desto unattraktiver wird es für Banken und Geldanleger. Dadurch entsteht ein Wirkungsmechanismus der eine detaillierte Regulierung von Finanzprodukten weitgehend überflüssig machen würde. Daraus folgt ebenfalls: Je näher ein Finanzprodukt an der Realwirtschaft ist, desto weniger wird es belastet. Ein einfacher Kredit einer Bank an eine Nichtbank oder eine Schuldverschreibung einer Nichtbank wären Finanzprodukte mit der geringsten Belastung bei der Refinanzierung.

4.3.2.3 Die Passiva der Geldbilanz: Finanzielle Verbindlichkeiten

Auf der Passiva-Seite der Geldbilanz stehen das Geldschöpfungskonto und alle Girokonten des Währungssystems. Auf den Girokonten stehen die jederzeit verfügbaren und daher unverzinsliche Sichteinlagen und zeigen Geld als gebuchte Verbindlichkeiten.

Zum besseren Verständnis der Geldbilanz eines Währungssystems sollte geklärt werden wie es zur Verteilung des Geldes auf Aktiva und Passiva kommt. Warum stehen z.B. Einlagen von Nichtbanken an Banken auf der Aktivaseite und Sichteinlagen der Nichtbanken auf der Passivaseite der Geldbilanz? In einer Bankbilanz stehen beide Konten auf der Seite der Passiva und in einer Unternehmensbilanz auf der Seite der Aktiva.

Am Beginn eines Giralgeld-Währungssystems steht die Giralgeldschöpfung. Eine Giralgeldschöpfung in Höhe von 100 Mrd. Euro würde in der Geldbilanz mit dem Buchungssatz: *Per Giralgeld an Geldschöpfung 100 Mrd. Euro* erfolgen.



Das geschöpfte Geld kann dann durch einen Kredit der Zentralbank an eine Geschäftsbank verliehen und damit in Verkehr gebracht werden. Im unten stehenden Beispiel beträgt der Kredit 20 Mrd. Euro. Dabei entspricht der Buchungssatz (1) dem Geschäftsvorfall Kreditvergabe und legt die Ausprägung das Geld fest. Der Buchungssatz (2) ist die Auszahlung des Kredits.



Die Konten der Geldbilanz erscheinen in den Bilanzen der Zentral- und Geschäftsbanken sowie Nichtbanken entsprechend ihrer Rolle als Gläubiger oder Schuldner.

Geld im engeren Sinne sind zunächst nur die Sichtguthaben auf den Girokonten und das Bargeld. Diese Geldmenge bei den Nichtbanken wird mit M1 bezeichnet. Würde man die Darlehen, die zur entsprechenden Sichteinlagen gehören, mit zur Geldmenge zählen, dann würde man die Geldmenge doppelt zählen. Einmal auf der Sollseite und einmal auf der Habenseite. Durch die Verbriefung der Darlehen und ihr Handel an Börsen können diese verbrieften Forderungen mit Sichteinlagen erworben werden und auch wieder durch den Verkauf in Sichteinlagen umgewandelt werden. Im praktischen Gebrauch wurde dadurch der Unterschied zwischen Geldanlage und Transaktionskasse immer mehr verwischt. Der Computerhandel mit Schuldverschreibungen hat diese Entwicklung zusätzlich verstärkt. Deshalb ist es konsequent und richtig auch verbrieft Forderungen zur Geldmenge hinzuzurechnen. Allerdings ist die übliche zeitliche Abgrenzung der Geldmenge M3 nicht ganz nachvollziehbar, weil der Handel und damit die Umtauschbarkeit in Sichteinlagen auf die zeitliche Grenzlinie keine Rücksicht nimmt.

Die Girokonten der Zentralbanken bilden die Brücke zwischen der Geldbilanz und den Bilanzen der Zentralbanken. Über diese Konten werden die Zahlungen aus dem Geschäftsbetrieb der Zentralbanken, wie zum Beispiel Lohn- und Gehaltszahlungen oder Zahlungen für Lieferungen und Leistungen abgewickelt. Darüber hinaus werden auf diese Konten die Geldschöpfungsgewinne einbezahlt.

Weitere Buchungsbeispiele sind der Tabelle Geldbilanz in der Anlage zu entnehmen.

Normalerweise spricht man von Geldschöpfung erst dann, wenn das Geld bei den Nichtbanken angekommen ist. In der Geldbilanz würde man zwischen der Herstellung, die hier mit Geldschöpfung bezeichnet wurde, und dem in Verkehr bringen des Geldes unterscheiden. Auch würde die Grenze, ab der Geld zur Geldmenge gerechnet wird, nicht mehr zwischen den Banken und Nichtbanken liegen, sondern zwischen den Konten Giralgeld und Geldschöpfung einerseits und den restlichen Konten andererseits.

Forderungen der Banken gegen andere Banken nicht zur Geldmenge zu zählen, ignoriert die Tatsache, dass auch Banken einen Bedarf an Geld haben.

4.3.2.4 Zusatznutzen einer Geldbilanz

4.3.2.4.1 Zusatznutzen: Wertgesicherte Girokonten

Die Girokonten der Nichtbanken sind nur noch verwaltungstechnisch den Geschäftsbanken zugeordnet, aber nicht mehr wertmäßig. Die Girokonten der Bankkunden würden

nicht mehr in den Bankbilanzen erscheinen und wären daher von einem Konkurs einer Bank nicht betroffen. Die Banken würden die Konten nach wie vor verwalten und Zusatzleistungen, wie z.B. einen Überziehungsrahmen, zur Verfügung stellen, aber ein Guthaben wäre eine Forderung gegen die Zentralbank und damit so sicher wie Bargeld. Anders ausgedrückt: Ein Guthaben auf einem Girokonto wäre ein Wertrecht, eine Art virtuelles „Bar“geld, im unmittelbaren Eigentum des Kontoinhabers.

Für Bankenrums gäbe es dadurch keine Veranlassung mehr und ein Zusammenbruch einer Bank aufgrund eines Bankenrums wäre auch technisch nicht mehr möglich, weil eine Zentralbank nicht konkursfähig ist. Wenn die Bankkunden ihre Girokonten abräumen wollten, dann würden sie lediglich Zentralbank-Giralgeld in Zentralbank-Banknoten umtauschen. Sie würden also lediglich ihr verbuchtes Geld (= Giralgeld) in verbrieftes Geld (= Bargeld) umtauschen. Ihr Geldvermögen würde sich in keiner Weise ändern, sondern nur der Nachweis.

Durch wertgesicherte Girokonten wären Banken nicht mehr „Too Big to Fail“ und der Konkurs einer Bank wäre als Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft erheblich entschärft.

Termineinlagen der Nichtbanken bei Banken können im Falle eines Konkurses verloren gehen, weil Termineinlagen technisch gesehen Darlehn an Banken sind. Hier wären nach wie vor Einlagensicherungsfonds notwendig.

Selbst wenn die Nichtbanken alle Termineinlagen auflösen würden, wäre das für die Banken und das Währungssystem kein wirkliches Problem. Im Gegenteil, die Zentralbanken würden sich freuen, weil die Nichtbanken dadurch auf die Verzinsung von Finanzmitteln zur Wertaufbewahrung zugunsten der Zentralbank verzichten. Für die Geschäftsbanken würde sich lediglich die Refinanzierung der von ihnen vergebenen Kredite etwas verteuern, weil die Refinanzierung über die Zentralbank etwas teurer wäre als die Refinanzierung über die Nichtbanken.

Die Auflösung der Termineinlagen wäre auch nicht wie bei Sichtguthaben schlagartig, sondern an die vereinbarten Rückzahlungstermine und Kündigungsfristen gebunden.

4.3.2.4.2 Zusatznutzen: Wertpapier-Rechte ohne Papier

Spätestens seit 1872 gehört als integraler Bestandteil zum Wertpapierbegriff die „Verkörperung“ eines an sich unsichtbaren Rechts in einer physischen Wertpapierurkunde. Zudem verlangen wertpapierrechtliche Gesetze noch heute, dass zur Geltendmachung des Rechts aus einem Wertpapier die Vorlage und Herausgabe der Urkunde an den Aussteller oder Schuldner erforderlich ist. Vor der Einführung von Computern hat diese Verbriefung entscheidend dazu beigetragen, dass diese Rechte aus dem Papier einfach und schnell übertragen werden konnten. Mit der Einführung von Computern hat sich die Situation genau umgedreht. Das Papier am Wertpapier ist im digitalen Zeitalter wie Sand im Getriebe und überflüssig. Alle Wertpapier-Rechte, außer Bargeld, wären in einer Geldbilanz standardmäßig verbuchte Wert(papier)-Rechte und könnten blitzschnell und am kostengünstigsten übertragen werden.

Die Entwicklung weg vom Papier und hin zum Wertrecht ist sowieso nicht mehr aufzuhalten und in weiten Teilen bereits abgeschlossen.

Der Handel könnte direkt über die Wertrechte-Konten der Geldbilanz abgewickelt werden.

Die Zentralbank wäre die globale Depotbank für alle gebuchten Wertrechte der Geldbilanz. Allerdings würden die einzelnen Konten wie bisher durch die Geschäftsbanken und Eigentümer gemanagt werden.

Für die Übergangszeit und bei Bedarf könnte eine Export- und Importfunktion Wertrechte in Wertpapiere-Rechte umwandeln und umgekehrt.

4.3.2.4.3 Zusatznutzen: Effektivere Geldpolitik

Die Geldschöpfung des Bankensektors hat dazu geführt, dass die Steuerung der Geldmenge der Zentralbank mehr oder weniger aus den Händen genommen wurde. Wie dargelegt bestimmt jetzt der Bankensektor und nicht mehr die Zentralbank die Geldmenge in unserem Währungssystem.

Dazu kommt noch, dass per Definition wichtige Teile der Geldmenge, wie z.B. längerfristige Schuldverschreibungen oder Derivate, nicht zur Geldmenge zählen, obwohl sie Ansprüche auf Geld und damit Geld sind.

Durch die vorgeschlagenen Reformen könnten alle Nachweisformen von Geld erfasst und in ihrer Menge direkt durch die Zentralbank gesteuert werden.

4.3.2.4.4 Zusatznutzen: Steuergerechtigkeit gilt auch für Banken

Ohne das Bankgeheimnis zu verletzen könnten in einem System mit Geldbilanz die Einhaltung der Steuergesetze erheblich verbessert werden. Da es außerhalb der Geldbilanz kein Geldvermögen in Euro gäbe, könnte per Programm die steuerrelevanten Sachverhalte ermittelt und an den Steuerzahler bzw. Finanzamt übermittelt werden, ohne dass die Finanzämter selbst Zugriff auf die Daten im Detail hätten.

Eine Steuerflucht wäre nur in eine andere Währung möglich und müsste mit einem physischem Transport der Banknoten erfolgen, weil es keinen Zahlungsverkehr mit nicht akkreditierten Banken gäbe und akkreditierte Banken die steuerrelevanten Sachverhalte den Finanzbehörden mitteilen müssten.

4.3.2.4.5 Zusatznutzen: Effektivere Bekämpfung der Geldwäsche

Da alle Zahlungen auf einem System durchgeführt werden, könnten illegale Geldströme lückenlos verfolgt und effektiver unterbunden werden. Zusätzlich könnten Barzahlungen und die Hortung von Bargeld begrenzt werden. Die Hortung von Bargeld könnte dadurch unterbunden werden, dass Banknoten ein deutlich sichtbares Verfallsdatum erhalten. Selbst großzügige Grenzen für Barzahlungen und der Bargeldhaltung hätten eine drastische Wirkung auf illegale Geldgeschäfte. Das durch illegale Geschäfte erworbene Bargeld könnte kaum noch in das legale System zurückgeschleust werden und würde früher oder später verfallen.

4.3.2.4.6 Zusatznutzen: Forderungsmanagement

Da die Geldbilanz ein staatlich geführtes Geldvermögensregister darstellt, könnte für alle fälligen aber nicht beglichenen Forderungen per Mausclick am Computer ein Vollstreckungsauftrag an den zuständigen Gerichtsvollzieher erstellt werden. Dies wäre eine zeitgemäße, kostengünstige und sehr effektive Möglichkeit offene Forderungen gerichtlich geltend zu machen.

Damit Unternehmen dieses Instrument auch für ihre Lieferantenkredite nutzen können, sollten sie die Möglichkeit haben ihre Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in der Geldbilanz zu führen. Die Zentralbanken könnten hierfür für alle Beteiligten einen

lukrativen Zusatzservice anbieten. Wenn beispielsweise dieser Service zum normalen Hauptrefinanzierungszinssatz angeboten werden würde, dann würde ein Lieferantenkredit über 10.000,00 Euro für einen Monat lediglich 8,33 Euro kosten. Der Käufer könnte keinen billigeren Kredit erhalten und der Verkäufer könnte sehr sicher sein, dass er sein Geld bekommt, weil der Käufer sicherlich alles tun würde, damit sich seine für Geschäftspartner einsehbare Bewertung der Kreditwürdigkeit nicht verschlechtert, wenn er nicht pünktlich bezahlt.

Mit diesem Instrument könnte eine effektive und objektive Überwachung des Zahlungsverhaltens von Schuldern realisiert werden und würde mit Sicherheit das Zahlungsverhalten der gesamten Wirtschaft positiv beeinflussen.

Um die Zahlungsmoral noch weiter zu verbessern, könnte sogar ein ganz besonderer Service eingerichtet werden: Wenn Käufer und Verkäufer immer pünktlich ihre Schulden bezahlt haben, dann erhält der Verkäufer im Falle eines Lieferantenkredits sein Geld sofort und beim Käufer wird der Kaufpreis zum vereinbarten Termin automatisch abgebucht.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden unter dem schlechten Zahlungsverhalten ihrer Kunden und kommen dadurch z.T. selbst in erhebliche Zahlungsschwierigkeiten.

4.3.2.4.7 Zusatznutzen: Echtzeit Zahlungsverkehr

Da alle bargeldlosen Zahlungen auf einem Rechnerverbund laufen, könnten sie in Echtzeit durchgeführt werden. Ein Zahlungsempfänger würde einen Geldeingang in dem Moment sehen, in dem die Überweisung getätigt wird.

4.3.2.4.8 Exportschlager Euro

Die Einführung einer Geldbilanz könnte den Euro zu einem begehrten Exportschlager machen.

Die Europäische Zentralbank könnte anderen Ländern die Einführung des Euros als Landeswährung anbieten.

Die Beitrittsländer müssten sich verpflichten keine Nettostaatsverschuldung zu betreiben. Die Regierung erhält aber im Gegenzug ca. 80% der Geldmenge des Landes als einmaligen Geldschöpfungsgewinn über mehrere Jahre verteilt und zweckgebunden überwiesen und den laufenden Geldschöpfungsgewinn aus den restlichen 20% sowie den Geldschöpfungsgewinn aus dem Wachstum der Geldmenge.

Darüber hinaus erhält es ein funktionierendes und leistungsfähiges Zahlungssystem und eine Infrastruktur zur Abwicklung des eigenen Haushaltes.

Der Vorteil für die Länder des Euroraums besteht darin, dass je größer das Geld-Territorium des Euroraums ist, desto einfacher und effektiver ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Länder.

4.3.2.4.9 Zusatznutzen: Gleiches Recht für alle.

Ohne die Geldschöpfung des Bankensektors wären Banken und Nichtbanken geldmäßig gleichgestellt.

Banken, die mit selbstgeschöpftem Geld ihre Rechnungen bezahlen können, beuten im Grund genommen die Realwirtschaft aus, weil den Leistungen der Nichtbanken keine adäquate Gegenleistung der Banken gegenüber steht.

Die Dominanz des Bankensektors gegenüber der Realwirtschaft ist zu einem großen Teil auf die Geldschöpfung des Bankensektors zurückzuführen.

Geld ist ein Produkt der Rechtsordnung und deshalb steht der Geldschöpfungsgewinn dem Staat zu, der diese Rechtsordnung aufrecht erhält.

4.3.3 Wertrechtbilanz: Die logische Erweiterung.

Die Diskussion (siehe Kapitel 4.3.2.2) um die Zuordnung der Fondsanteile zur Geldbilanz hat gezeigt, dass der Übergang von Forderungsrechten zu Beteiligungsrechten fließend ist. Daher wäre es naheliegend die Geldbilanz auf eine umfassende Wertrechtbilanz zu erweitern, die alle Geld- und Kapitalvermögen erfasst.

Der beschriebene Zusatznutzen wäre auch für Aktien und andere Beteiligungsrechte wirksam.

4.3.4 Gemeinsame Schritte und Auswirkungen

Damit die Übertragung der Geldschöpfung auf die Zentralbanken nicht ausgehebelt werden kann, muss der direkte und indirekte bargeldlose Zahlungsverkehr auf bei der Zentralbank zugelassene Banken beschränkt werden. Konkret bedeutet das, dass es auf Euro lautende Konten *nur* bei den Zentralbanken und den akkreditierten Geschäftsbanken geben darf und der Zahlungsverkehr auf diese Konten beschränkt wird. Diese Einschränkung entspricht dem Verbot, dass auch außerhalb der Eurozone keine Euro Banknoten und Münzen gefälscht und in Verkehr gebracht werden dürfen.

Bargeld und andere verbrieft Wertpapiere könnten von nicht zugelassenen Banken und Nichtbanken außerhalb des Euroraums in beliebiger Menge gehalten werden – aber sie dürfen nicht emittiert werden. Eine Einschränkung von Barzahlungen und der Bargeldhaltung wäre nur zur Verbrechensbekämpfung in Erwägung zu ziehen.

Je nachdem welche Ansprüche auf Geld zur Geldmenge gerechnet werden, könnte bei einer Übertragung der Geldschöpfung vom Bankensektor auf die Zentralbank ein Geldschöpfungsgewinn in Höhe von ca. 1% dieser Geldmenge realisiert werden, wenn das geschöpfte Geld wie zurzeit verliehen wird. Der Bundesbankgewinn könnte so auf ca. 20 – 60 Mrd. Euro pro Jahr steigen.

Da für die Geldpolitik der Bundesbank nur ein relativ kleiner Teil der Geldmenge erforderlich ist, könnte bis zu ca. 85% der Geldmenge der Geldschöpfungsgewinn genauso wie zurzeit bei Münzen einmalig realisiert werden. Der dabei realisierbare Geldschöpfungsgewinn könnte zur Tilgung der Staatsverschuldung herangezogen werden. Die Tilgung könnte ganz normal bei Fälligkeit durchgeführt werden. Dadurch wird der Übergang fließend. Das überschüssige Guthaben könnte verliehen werden und mit den Zins-einnahmen könnten die Zinsen der restlichen Staatsverschuldung ganz oder Teilweise gedeckt werden.

Die Umstellung ist nur für den Euroraum als Ganzes möglich. Da aber alle Euroländer ein mehr oder weniger ernsthaftes Problem mit der Staatsverschuldung haben, ist eine gemeinsame Bereitschaft zur Umstellung wahrscheinlich.

Wenn bis zu 85% der Geldmenge der Geldschöpfungsgewinn einmalig realisiert wird, dann sinkt der jährliche Bundesbankgewinn entsprechend. Er wäre aber dennoch deutlich höher als zur Zeit, weil der verbleibende Teil, der derzeitigen Geldschöpfung der Zentralbank entspricht und die Mindestreserve nicht mehr verzinst wird.

4.4 Staatsverschuldung: Ein lösbares Problem

4.4.1 Staatsverschuldung zum Nulltarif?

Bezogen auf die Geldschöpfung ist es egal, ob sich wie jetzt der Staat über den Geschäftsbankensektor oder direkt bei der Zentralbank verschuldet. In beiden Fällen führt z.B. ein Kredit über 100 Mill. Euro zu einer Geldschöpfung von 100 Mill. Euro.

Der wesentliche Unterschied ist jedoch, dass der Kredit über die Zentralbank die öffentliche Hand *grundsätzlich* fast nichts kosten würde. – Das wäre sogar dann der Fall, wenn die Zentralbank höhere Zinsen verlangen würde, als die Geschäftsbanken, weil die bezahlten Zinsen in fast gleicher Höhe den Bundesbankgewinn steigern würden. Zinsen, die die öffentliche Hand am 31.12. an die Bundesbank bezahlt, fließen mit dem Jahresabschluss als Bundesbankgewinn zurück. Die Differenz besteht lediglich in dem minimalen Aufwand der Kreditsachbearbeitung und auch diese Kosten würde die Bundesbank durch Geldschöpfung finanzieren. Sie kann es systembedingt nicht anders; es sei denn, die Bundesbank würde ihre Lieferanten und Mitarbeiter mit Gold aus eigenem Bestand bezahlen.

Staatsverschuldung zum Nulltarif – was will man mehr?

Oder doch nur der Alptraum eines jeden Bundesbankpräsidenten?

Die Befürchtung, dass wenn dieser Zusammenhang von den zuständigen Politikern tatsächlich verstanden werden würde, dass dann die Staatsverschuldung nicht mehr in Griff zu bekommen wäre, ist nachvollziehbar. Der einzige Riegel scheint die Zinslast aus der Verschuldung im Bankensektor zu sein, die den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand immer mehr einschränkt und vielleicht so irgendwann die Einsicht reifen lässt, dass die Staatsverschuldung eher eine Frage der Mentalität, als der wirtschaftlichen Notwendigkeit ist.

Warum sollte aber der Geschäftsbankensektor die Staatsverschuldung besser kontrollieren können, als eine der Geldwertstabilität verpflichtete Zentralbank? Die jüngste Finanzkrise Griechenlands hat sogar gezeigt, dass z.B. Goldman Sachs aktive Hilfe geleistet hat die Staatsverschuldung zu verschleiern, um internationale Vereinbarungen zur Schuldenbegrenzung umgehen zu können.²⁵

Es liegt nicht im Interesse einer Geschäftsbank die Staatsverschuldung zu begrenzen. Besonders dann nicht, wenn sie das Geld, das sie verleiht, selbst herstellt und wenn sie davon ausgehen kann, dass eine Staatspleite im Euroraum ausgeschlossen werden kann und im schlimmsten Fall die Mitgliedsländer die marode Staatspapiere aufkaufen.

Im volkswirtschaftlichen Zusammenhang muss also eine Staatsverschuldung über den Geschäftsbankensektor als eine massive verdeckte Subventionierung des Bankensektors betrachtet werden. Darüber hinaus führt sie zu einer erheblichen Umverteilung zu Gunsten der Geldvermögenden und zu Lasten der Steuerzahler.

Die Staatsverschuldung bekommt man nicht dadurch in den Griff, dass man den Bankensektor subventioniert, sondern nur dadurch, dass die Zentralbank Verantwortung übernimmt, selbst und ausschließlich die Geldmenge steuert und auch bestimmt ob und in welcher Höhe sich der Staatssektor verschulden darf.

Anstatt die Staatsverschuldung über die Zentralbank zu verbieten, sollte die Kreditaufnahme nur über die europäische Zentralbank erlaubt sein. Die Zinserträge sollten dabei

²⁵ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,677750,00.html>

in den EU-Haushalt fließen und nicht mit den EU-Beiträgen der Mitgliedsstaaten verrechnet werden. Dadurch würde verhindert werden, dass die Staatsverschuldung für das betreffende Land zum Nulltarif wird und sich Haushaltsdisziplin tatsächlich lohnt. Um die Haushaltsdisziplin zusätzlich anzuspornen, könnte man sogar so weit gehen, dass die Zinserträge an die Mitgliedsländer fließen, die sich nicht verschulden.

4.4.2 Wie könnte die derzeitige Staatsverschuldung abgebaut werden?

Würde die Geldschöpfung ausschließlich durch die Zentralbanken erfolgen und würden die Geldschöpfungsgewinne genauso wie bei Münzen einmalig realisiert werden, dann würde durch die Umstellung ein Geldschöpfungsgewinn in der Größenordnung von 2.000 Mrd. Euro entstehen. Dieser Betrag orientiert sich an der Geldmengendefinition M3 und wäre der deutsche Anteil. Dieser Betrag ist also eine vorsichtige Schätzung und enthält nicht mögliche Geldschöpfungsgewinne aus Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit über 2 Jahren, Fondsanteilen und Derivaten. Im gesamten Eurosystem ist die Summe entsprechend höher. Die Summe würde ausreichen, um die deutsche Staatsverschuldung in Höhe von ca. 1.900 Mrd. Euro zu tilgen.

Nach dieser Umstellung sollte – wie bereits eingeleitet – dem Staatssektor grundsätzlich verboten werden, sich zu verschulden. Allerdings wäre ein Darlehensmarkt innerhalb des Staatssektors zur besseren Allokation der Ressourcen durchaus sinnvoll und notwendig.

Ausnahmen sollten nur in außergewöhnlichen Situationen und mit Zustimmung der Zentralbank und unter strengen Auflagen erfolgen.

Zusätzlich sollte die öffentliche Hand dazu verpflichtet werden, Rückstellungen für ihre zukünftigen Verpflichtungen, wie z.B. Pensions- und Rentenzahlungen, aufzubauen. Diese Ansprüche auf Geld sind eine verdeckte Geldschöpfung durch die Exekutive. Der über die Zeit gehende Grundstock an Verbindlichkeiten könnte im Umlageverfahren finanziert werden, die Schwankungen müssten aber kapitalisiert werden.

Neben der Entlastung durch die wegfallenden Zinsen für die Staatsverschuldung würde nicht nur ein finanzieller Spielraum von 42 Mrd. Euro geschaffen werden, sondern die laufende Realisierung der Geldschöpfungsgewinne durch die stetig wachsende Geldmenge würde zu einem höheren Bundesbankgewinn für den Bund führen.

4.5 Reale Verluste lassen sich nicht wegdiskutieren

Wer mit ca. 45.000 Mrd. \$ darauf spekuliert, dass die Immobilienblase platzt, der kann nicht für sich in Anspruch nehmen, nichts davon gewusst zu haben oder die Risiken nicht gekannt zu haben. Für jeden Dollar dieser risikobehafteten Darlehen wurden weltweit mindestens 100 \$ dagegen gewettet, dass diese Darlehen nicht zurückgezahlt werden können.

Alle Fachleute haben es gewusst und alle haben die Risiken gekannt – und alle Akteure haben gedacht, dass sie selbst rechtzeitig aussteigen könnten, bevor die Spekulationsblase platzt.

Das Surfen auf einer Spekulationsblase muss für Spekulanten Adrenalin pur sein. Man weiß, dass die Spekulationsblase früher oder später platzen muss, aber nicht wann. Es muss hierfür nicht einmal ein sachlicher Grund vorliegen, sondern nur genügend viele Spekulanten müssen relativ gleichzeitig denken, dass die Wende kurz bevor steht und deshalb durch einen Verkauf des Spekulationsobjektes den Spekulationsgewinn realisieren wollen und damit den Preisschwung einleiten.

Wer nicht rechtzeitig den Absprung schafft, gehört zu den Verlierern. Wer unter dem Einstiegspreis verkaufen muss, der erleidet einen realen Verlust in Höhe der Differenz.

Wenn man diese realen Verluste kaschieren und/oder auf die Allgemeinheit umlegen möchte, dann stellt man sich im Grunde genommen auf die Seite der Geldfälscher zu Lasten derer, die hart für ihr Geld arbeiten müssen.

4.6 Wetten als Wetten behandeln

Wer eine Wette über den Ausgang eines Pferderennens oder einer Ziehung von Lottozahlen abschließt, der zahlt 16,66% bzw. 20% Steuern.

Rein sachlich gesehen handelt es sich bei den meisten Derivaten ebenfalls um Wetten. Nur derjenige, der tatsächlich Kreditgeber ist und den Kredit mit Hilfe eines CDS absichert, betreibt Risikoabsicherung. Aller anderen sind Spieler und betreiben Wetten.

Würde die durchaus sinnvolle Risikoabsicherung vom Wettgeschäft getrennt werden, und würden Wetten wie Wetten besteuert werden, dann würden Derivate entschärft und zum großen Teil uninteressant werden.

Eine Regulierung würde sich weitgehend erübrigen und eine erhebliche zusätzliche Steuereinnahmequelle für den Staat würde sich eröffnen.

4.7 Zukunftsinvestitionen und nicht Spekulationsblasen finanzieren

Das Erstaunliche an der Finanzkrise ist, dass der Schaden nicht noch viel größer ist.

Angesichts der riesigen Geldmengenschwankungen verwundert, dass die Inflation/Deflation nicht erheblich größer ist. Der Geldwert scheint erheblich stabiler zu sein als theoretisch angenommen.

So paradox es klingt, der noch größere Schaden wurde durch die Pleiten der Banken und Versicherungen verhindert, sodass die CDS-Spekulanten ihre Spekulationsgewinne nicht realisieren konnten.

Die riesigen privaten Geldschöpfungen, die primär zur Finanzierung von Spekulationsblasen eingesetzt werden, übersteigen den Geldbedarf der Realwirtschaft um ein Vielfaches.

Wenn diese Geldschöpfungsmöglichkeit ausgeschaltet werden würde, dann wäre genügend Spielraum, um grundsätzlich alle ökonomischen und gesellschaftlich sinnvollen Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. – Auch dann, wenn sich keine Investoren finden lassen. Dazu müssten die Banken in Zusammenarbeit mit der Zentralbank den Unternehmen ausreichend Kredite zu vernünftigen Konditionen bereitstellen. Die Konditionen und Rahmenbedingungen müssten allerdings differenziert sein. Beispielsweise müssten sich die Konditionen sofort verschlechtern, wenn sich auf den entsprechenden Märkten für Investitionsgüter die Preise erhöhen. Solange vorhandene Kapazitäten mehr oder weniger preisneutral ausgeschöpft werden, führt eine Erhöhung der Nachfrage zu mehr Beschäftigung.

Finanzierungen durch den Staat könnten direkt über die Banken abgewickelt werden, ohne dass es zu einer erheblichen Neuverschuldung des Staates kommt. Es wäre sogar denkbar, dass Sicherheiten und Risiken solcher Darlehen bei der Zentralbank landen, wenn der Bankensektor nicht bereit ist, sie zu tragen. Selbst wenn alle diese Darlehen ausfallen würden, wären die dadurch ausgelösten Geldmengenschwankungen sehr ge-

ring, im Vergleich zu den Schwankungen beim Aufbau und Platzen von Spekulationsblasen.

Die gesamte Gesellschaft gewinnt durch Zukunftsinvestitionen, warum sollte sie nicht angemessen an den Risiken beteiligt werden. Und ökonomisch sinnvoll bedeutet gerade, dass im Durchschnitt ein positives betriebswirtschaftliches Ergebnis herauskommt. Was man nicht weiß ist, welche konkrete Investition sich nicht wie erwartet entwickelt.

Anstatt die Geldschöpfung am Bedarf für Spekulationsblasen zu orientieren, sollte die Geldschöpfung am Bedarf der Realwirtschaft ausgerichtet werden.

5 Häufig gestellte Fragen

5.1 *Das kann doch nicht wahr sein!?*

Zugegeben die Behauptung, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen die Staatsverschuldung beseitigen zu können, klingt absolut verrückt. Ich habe daher großes Verständnis für jede Art von Zweifel.

Für eine Behauptung ist es jedoch unerheblich, wie sie klingt. Was zählt ist, ob sie sich sachlich und logisch begründen lässt.

Dazu muss man nicht jede Aussage in diesem Diskussionspapier begründen oder widerlegen. Es genügt, wenn man sich auf die zentralen Argumente konzentriert. Es geht beispielsweise nicht darum die Geldschöpfung des Bankensektors auf Euro und Cent genau zu bestimmen, sondern um die Größenordnung der Geldschöpfung. Mehr geben die von der Bundesbank zur Verfügung gestellten Daten nicht her. Mehr ist für die Entscheidung auch nicht erforderlich.

Die Begründung stützt sich ganz wesentlich auf folgende Argumentation:

1. Der deutsche Anteil der Geldschöpfung des Bankensektors beträgt, gemessen an der Geldmenge M3, ca. 2.000 Mrd. Euro.
2. Wenn das Fälschen von Bargeld verboten gehört, dann erst recht die Giralgeldschöpfung des Bankensektors, weil es sich um den gleichen Sachverhalt und in beiden Fällen um eine private Vereinnahmung des Geldschöpfungsgewinns handelt.
3. Die Geldschöpfung des Bankensektors lässt sich auf die Zentralbank übertragen.
4. Weil der Geldschöpfungsgewinn des Bankensektors zum größten Teil nicht einmalig realisiert wurde, könnte er nach einer Übertragung der Geldschöpfung auf die Zentralbank, einmalig realisiert werden.
5. Mit einem Geldschöpfungsgewinn von ca. 2.000 Mrd. Euro lässt sich eine Staatsverschuldung von ca. 1.900 Mrd. Euro begleichen.

Einwände gegen diese Argumente müssten im Detail untersucht werden. An solchen Einwänden wäre ich sehr interessiert.

Wer jedoch diesen Argumenten zustimmt, der müsste auch der Behauptung zustimmen, dass die Staatsverschuldung mit den vorgeschlagenen Maßnahmen beseitigt werden kann.

5.2 Warum leihen sich Banken Geld, wenn sie es selbst herstellen können?

Weil Geschäftsbanken nur ihr eigenes Giralgeld selbst herstellen können. Immer dann, wenn Geschäftsbanken Zentralbankgeld benötigen, müssen sie es sich leihen oder kaufen. Geschäftsbanken benötigen Zentralbankgeld für Barabhebungen und Überweisungen ihrer Kunden auf Konten anderer Banken sowie für die Mindestreserveverpflichtung.

5.3 Welche Folgen hat die Umstellung für die Banken?

Die Banken verlieren die Möglichkeit die Geldmenge durch eigene Geldschöpfung zu beeinflussen.

Die Banken verlieren den derzeit von ihnen realisierten Geldschöpfungsgewinn von ca. 10 – 40 Mrd. Euro pro Jahr.

Da die Realisierung des Geldschöpfungsgewinns sehr stark an die Größe der Bank gekoppelt ist, würde die Umstellung zu einheitlichen Wettbewerbsbedingungen der Banken untereinander führen.

Der Fokus und das primäre Interesse der Banken würden sich wieder auf die Realwirtschaft konzentrieren, weil das erheblich lukrativere Geschäft im Zusammenhang mit der Geldschöpfung wirtschaftlich uninteressant oder nicht mehr möglich wäre.

5.4 Wird durch die Übertragung der Geldschöpfung auf den Staat die Geldmenge erhöht?

Nein. Die Umstellung selbst wäre geldmengenneutral, weil es bei der Berechnung der Geldmenge nicht darauf an kommt, wer das Geld in Verkehr gebracht hat. Die Umstellung hätte aber erhebliche Auswirkungen auf die emittierten Finanzmarktprodukte. Derivate und Fonds würden sehr stark zurück gehen und die Geldmenge würde tendenziell sinken. Die Zentralbanken könnten aber durch eine entsprechende Geldpolitik, die Geldmenge auf dem gewünschten Niveau halten.

In der Anlage wird in den Tabellen Staatsverschuldung 1 - 3 auf Buchungsebene gezeigt, dass und wie die Übertragung der Geldschöpfung die Staatsverschuldung tilgen könnte und dass dabei die Geldmenge nicht erhöht wird.

6 Anlage

Excel-Mappe *Ursachen und Chancen der Finanzkrise - Anlage.xls*.

In dieser Mappe werden auf Buchungsebene die unterschiedlichen Formen der Geldschöpfung dargestellt.

In den Tabellen Staatsverschuldung 1 - 3 wird an einem Beispiel auf Buchungsebene gezeigt wie die Staatsverschuldung durch eine Übertragung der Geldschöpfung vom Bankensektor auf die Zentralbank und anschließender einmaliger Realisierung des Geldschöpfungsgewinns getilgt werden könnte.

Zusätzlich werden viele Zeitreihen der Bundesbank gezeigt, die im Zusammenhang mit der Geldschöpfung und Staatsverschuldung von Interesse sind.

Link im Web Dokument:

<https://docs.google.com/open?id=0B7nJktjNdw7LcUdXbFNvek5TV2lRejNCX3daREvfUQ>

Anlage:

<https://docs.google.com/open?id=0B7nJktjNdw7LNW1EQ25QdGIUOE9pYVJ5WIBmaTktdW>